

hen. Unter den Männern, die sich durch ihr Votum als Gegner der Todesstrafe erwiesen, waren u. a. die Konservativen Alexander v. Schwarze, Graf Bethusy-Sule, die Nationalliberalen v. Venningen, Gaster und Simson, der Zentrumsmann, Domkapitular Kuehner. Bismarck setzte es nur durch die Androhung der Zurückziehung des Entwurfs des Strafgesetzbuchs, die wie er später selbst bekannt hat, ein Kluff war, durch, daß in dritter Lesung ein Teil der Gegner der Todesstrafe wider bessere Erkenntnis für ihre Beibehaltung stimmte. Die dann mit 127 gegen 119 Stimmen erfolgte. Müßten sich die bürgerlichen Epigonen von heute ihrer Vorfahren oder ihrer selbst schämen?

Aber noch depressiver als das Verhalten der bürgerlichen Parteien im Strafrechtsausschuß war dasjenige der Kommunisten. Unter schallender Feitertät-erklärten sie sich als Gegner der Todesstrafe — im kapitalistischen Staate. Diefem Bekenntnis ließ Göllein eine glühende Verteidigung der Todesstrafe in Rußland folgen. Die Sowjetunion, so sagte er, bedürfe dieser Strafe zu ihrer Sicherung und sie könne auf das wirksamste Mittel, konterrevolutionäre Umtriebe zu vergelten, nicht Verzicht leisten. Mit andern Worten: er rechtfertigte die Todesstrafe ganz mit den Argumenten der Vertreter der bürgerlichen Parteien, die sich auf die Notwendigkeit der Sicherung der Gesellschaft und das Bedürfnis nach Vergeltung berufen hatten. Das Bestreben Gölleins, die Todesstrafe zu einem Monopol der Sowjetunion zu machen, schwächte die Freude namentlich der Deutschnationalen über seine Ausführungen nicht im mindesten ab, denn nicht ohne Grund konnten sie geltend machen, daß die Frage der Beibehaltung oder Abschaffung der Todesstrafe keine regionale, sondern eine Prinzipienfrage sei.

Auch die Polemik Gölleins gegen die Sozialdemokratie machte den Deutschnationalen besondere Freude, so namentlich sein mit unzureichenden Mitteln unternommener Versuch, uns wegen uners Appells an die Humanität, auf die wir uns in unserm Kampfe berufen, zu verhöhnen. Die kapitalistische Gesellschaft könne, so rief der schlecht unterrichtete Göllein aus, gegenüber den unterdrückten Volksmassen auf die Todesstrafe gar nicht verzichten. Es war ihm offensichtlich nicht bekannt, daß Deutschland, Schweden, Dänemark, Norwegen, die Niederlande, Belgien, Brasilien und Argentinien durchweg kapitalistische Staaten, aus Gründen der Humanität die Todesstrafe beseitigt haben und selbst das zaristische Rußland sie lange Zeit hindurch abgeschafft hatte. Es wird sich niemand darüber wundern, daß Göllein von dem deutschnationalen Abgeordneten Barth zur Hebanne für die Dienste, die er ihm und seinen Freunden geleistet hatte, ob seiner „Auffrischung und Ehrlichkeit“ ein Lob empfing, ganz wie Herr v. Buttner die Anarchisten gegenüber den Sozialdemokraten herauszutreiben pflegte. Die Anerkennung Barths mag Herrn Göllein ein Trost für die Stümpfung sein, die er sich wegen seiner Versündigung gegen die Menschlichkeit, für deren Gebote er offenbar aus subjektiven Gründen kein Verständnis hat, gefallen lassen mußte.

Der kommunistische Abgeordnete Kaedel hieb im weitem Verlauf der Debatte in die gleiche Kerbe wie Göllein. In einem der sozialdemokratischen Blätter hat vor einigen Monaten ein Anonymus von der in der Sozialdemokratie im Gegensatz zur kommunistischen Partei stets hochgehaltenen Meinungsfreiheit einen höchst törichten Gebrauch gemacht, indem er in einem Aufsatz ausführte, daß die sozialistische Gesellschaft im Ubergangsstadium der Todesstrafe nicht werde entbehren können. Auf diesen Artikel der mit der Haltung der Sozialdemokratie von ihrer Gründung an im Widerspruch steht, berief sich Kaedel. Erneuter Jubel bei den Deutschnationalen. Ihr Redner, Herr Lohmann, fällte die unmaßgebliche Ansicht eines einzelnen in die grundsätzliche Stellung unserer Partei um, wobei er sich auf die Autorität des darüber höchlich geschmeichelten Herrn Kaedel berief. Herr Lohmann hätte daran denken sollen, daß die Sozialdemokratie in den Mo-

naten nach dem 9. November 1918, in denen sie im Besitz der gesamten Staatsmacht war, die Ehrlichkeit der von ihr stets bekannnten Gegnerschaft gegen die Todesstrafe bewiesen hat. Sehr viele seiner Freunde sind ihr damals für die Erhaltung ihrer Köpfe dankbar gewesen. Wenn dieses Gefühl nicht vorgehalten hat, so liegt dies wohl an der ganz richtigen Erkenntnis, daß das Geschenk, das die Herren von uns bekommen haben, keinen großen Wert besaß.

Man sieht: Ob es sich um die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter oder derjenigen der gesamten Menschheit handelt, stets leisten die Kommunisten den Bekennern der reaktionärsten Anschauungen bereitwillig Selberdienst!

Bürgerblock für Mietwucher!

Ein heftiger Kampf für oder gegen den Mieterschutz, für oder gegen die Tyrannisierung und Auspöderung der Mieter durch den Hausbesitz, hat am Dienstag im Wohnungsausschuß des Reichstags begonnen. Die Sozialdemokratie trat energisch für die Mieter in die Schranken und wird kein Mittel unversucht lassen, die Verletzung oder Abbrückelung des Mieterschutzes zu verhindern. Die Bürgerblockparteien und ihre Regierung freilich würden den Mieterschutz lieber heute als morgen beseitigen. Sie sind für das „freie Spiel der Kräfte“, das heißt auf deutsch: freie Ausbeutung des wirtschaftlich Schwachen durch den Starken, oder in diesem Falle: freie Ausbeutung des Mieters durch den Hauswirt.

Der Kampf im Wohnungsausschuß begann mit der Beratung des Reichsmietengesetzes und des Reichsmieterschutzgesetzes sowie der dem Ausschuß vom Reichstag überwiesenen Anträge. Die Wirtschaftspartei will die völlige Aufhebung des Mieterschutzes, während die Sozialdemokratie die Schaffung eines sozialen Mietrechts von Dauer an Stelle des Notrechts fordert. Die Regierung schwieg sich zunächst aus und überließ es der Opposition, zur Vorlage Stellung zu nehmen.

Die sozialdemokratische Forderung nach einem sozialen Mietrecht wurde vom Abgeordneten Lipinski bertreten und eingehend mit der Notlage des Wohnungsmarktes begründet. Soziales Mietrecht aber gibt es nicht für den deutschnationalen Justizminister Hergt, und er dokumentierte in einer sofortigen Antwort seine scharfe Gegnerschaft. Diese Gegnerschaft ist aber nicht nur auf Hergt beschränkt, sondern Allgemeingut des gesamten Bürgerblocks. Denn der Minister wurde noch übertroffen von dem Volksparteiler Beythien und von dem deutschnationalen Abgeordneten Steiniger, die jeden Versuch, das Recht der breiten Masse auf eine angemessene Wohnung sicherzustellen, als eine Art Sozialisierung des Hausbesitzes bezeichneten. Steiniger stellte sich dabei sogar auf den Standpunkt, auch beim wuchernden Hausbesitzer sei der Eigentumsbegriff heilig. Nur so nebenbei erkannten beide Redner an, daß in anormalen Zeiten wie jetzt ein gewisser Mieterschutz bleiben müsse.

Demgegenüber trat der sozialdemokratische Abgeordnete Silberstein als warmer Fürsprecher für die notleidenden Mieter auf. Er zeigte die großen Gefahren für die Volksgesundheit, die sich bei einer Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft ergeben müßten. Gesundheit, Sittlichkeit und Sparbarkeit als zentrale Kulturvoraussetzungen der Nation müssen die Richtlinien bei der Neuordnung des Wohnrechts bilden. Das Komadentum des Mieters, der weder dem Vermieter noch Dritten gegenüber sich rechtlich als Wohnungsherr betrachten kann, weil das Schwert der Kündigung über ihm schwebt, ist eine Belastung für den gesunden Zusammenhalt des Volksganzen. Die Wiederherstellung des früheren Rechtszustandes der völligen Freiheit des Besizenden würde untragbar sein. Die Eigenlust des glücklich Besitzenden, die in der Aufhebung und Sabotierung des Besitzrechts im Großwohnungen ihren schlimmsten Ausdruck fand, hatte für das unglückliche Fünftel der Nation, das seit dem Krieg in die Ehe trat, mit der Wohnungslosigkeit auch den Zwang zur Kinderlosigkeit zur Folge.

Die Geburtenberminderung bildet das Mittel für den individualistischen Materialismus auf dem Gebiete des Wohnrechts. Der Standpunkt des „Herr in Hause“, des Besitzers des bürgerlichen Rechts, war nur erträglich, solange immer neue Massen bereit waren, die Wohnungen zu füllen, ohne Rücksicht darauf, ob die Wohnnach der Rechtslage ein wirkliches Heim sein konnte. Heute ist es notwendig, die Wohnungsnormen so umzugestalten, daß aus der Wohnung wirklich ein Heim wird. Es handelt sich um das Heimrecht auch des nicht Bodenbesitzenden und diese Frage rührt an die Existenz der Nation. Für die Materialisten allerdings bedeutet dieser Weg der bitteren, aber notwendigen Verzicht auf bisher geschätzte freiwirtschaftliche Rechte des Besizenden.

Wenn die Bürgerblockparteien allen Warnungen und Ermahnungen der Vernunft zum Trotz trotzdem den Mieter die Willkür des Hausbesitzes überantworten, werden sie bei der Reichstagswahl von ihren Wählern zur Verantwortung gezogen werden müssen. —

Zentrum für Kündigungrecht

Abg. Berlin, 9. November. Der Wohnungsausschuß des Reichstags setzte die Beratung der Novelle zum Mietrecht fort. Abg. Dr. Förstgen (Zp.) verttrat die Interessen der Hausbesitzer. Er meinte, daß die Freigabe der gewerblichen Räume keine Unzulänglichkeiten zur Folge gehabt habe. Von der Mieterhöhung von 20 Prozent kämen dem Hausbesitzer nur 2 Prozent zugute.

Abg. Tr emel (Ztr.) verlangte grundsätzlich die Aufrechterhaltung der Wohnungszwangswirtschaft, trat aber für die Einführung des Kündigungsrechts und die Regierungsvorlage ein.

Abg. Bartjat (Dem.) lehnte die Vorlage ab; war der Auffassung, die Aufhebung der Zwangswirtschaft für die gewerblichen Räume habe den kleinen Existenz der schwersten Schädigungen gebracht und die Einführung des Kündigungsrechts würde die unerträglichen Zustände noch verschlimmern. —

Der Preußenbund

Der Preußenbund, die preußische Filiale der konservativen Partei, befaßte sich am Dienstag abend einer Veranstaltung in Berlin mit der gegenwärtigen politischen Lage. Außer dem deutschnationalen Abgeordneten Dr. Gerling war eine ganze Reihe deutschnationaler Reichstagsabgeordneter anwesend.

Der Politik der Reichsregierung und insbesondere der deutschnationalen Regierungspartei stellt der Preußenbund in einer einstimmig angenommenen Erschließung folgendes Zeugnis aus:

Am Vorabend des 9. Jahrestages der Revolution muß der Preußenbund mit Bitterkeit feststellen, daß der Abtritt unsers Volkes auch im nächsten Jahre — also trotz aller deutschnationaler Regierung — weitergegangen ist. Er wird gekennzeichnet durch neue Demütigungen auf außenpolitischem Gebiet, durch die Schandverlängerung des Republikausgesetzes mit seinem Reichsparagraphen, durch geschwundene Einschränkungen des staatsmässigen Rechtes in der Flagenfrage, durch unitarische Angriffe auf den staatlichen Bestand, was vom alten Preußen noch geblieben ist. Fast schimmernd sind die Zeichen müder Bewohnung unsers Volkes an einem unwürdigen Zustand.

Das Beste ist, daß diese Entschliebung in der deutschnationalen „Kreuzzeitung“ des Grafen Westarp in Fehldruck wiedergegeben ist. Auch die „Deutsche Zeitung“ beröfflicht diese deutschnational-konservative Kritik an der deutschnationalen Regierungspolitik in hervorragender Stelle, während die „Deutsche Tageszeitung“ sie unterdrückt.

Selbstverständlich begnügte sich der Preußenbund nicht mit dieser Kritik. In Seine Majestät in Doorn wurde anlässlich seines 10jährigen Jubiläums der Desertion v. dem Feind? — ein entsprechendes Guldigungsgramm abgeschickt. —

Volkstanzert

Der Magdeburger Lehrer-Gesangverein gab am Dienstag in der Stadthalle ein Volkstanzert. Der musikalischen Veranstaltung Rechnung tragend, hatte Kapellmeister Hermann Henrich ein Programm entworfen, das in seinem ersten Teil eine Reihe von alten Meisern landvolker Wechseltänze bot. Der Vortrag solcher Sieder, die musikalisch gut gehalten und begabte Sänger voraussetzen, bedeutet immer ein Programm, denn die heutige Gesangsweise ist — ganz allgemein gesprochen — jähres Kompositionen ziemlich hilflos gegenüber, die Dilettanten mit einbezogen.

Man mochte hier in Magdeburg einige Vereine eine Ausnahme, und auch der Lehrergesangverein gehört zu diesen. So konnte Henrich es wagen, Sieder von Schrin, Rapp, Koster, Conrad und Conrad in das Programm aufzunehmen. Doch allem war aber dem Kapellmeister, daß ein großer Charakter selbst bei guter Disziplin sich nicht eignet für diese Art von Siedern, deren Vortrag nur für eine kleine, sehr beschränkte Anzahl von Sängern geeignet ist, von denen das Stimmaterial sorgfältig abgesehen sein muß. Auch der Text bezieht sich häufig auf eine Oberstufe von 200 bis 300 Sängern, aber will man es einem neugierigen, wenn zweihundert Stimmen singen. Das Humoreske legt ein U, la la la la la. Im ersten Teile des Programms kamen auch Sieder zum Vortrag, vertrat von Emma Lohmann. Der Kompost hat sich teilweise die Alten zum Vorzug genommen, aber sein Verhalten, recht langsam zu sprechen, führt ihn doch etwas zu weit, und er bezieht den Sängern allerdings unangenehme Erfahrungen. Eine schon am Anfang Erfolg hatte Orkanos di Lopez Schied, an dessen Stimmaterial Deutsch angeschlossen sehr viel Erfolg gemacht hat. Auch die schillernden Volkstänze für gewöhnlich über im zweiten Teile waren im Vortrag ganz ausgezeichnet. Hier wurde auch das im ganzen gut Stimmaterial des gesamten Chores. Bei den Konzerten dieses es allerdings nicht immer möglich.

Ein besonders Angenehmes bot das Konzert durch die Mitwirkung von Käthe Henrich-Sieder, eine Sängerin, die in unsern Konzerten ungewöhnlichen Namen gemacht hat und nicht bei ihrer ersten Konzert, dem Publikum und Abgang des Programms zu übergeben, so war schon der Charakter der Sängerin eine so feinsinnige Schöpfung, daß die meisten der Sänger folgten. Sehr schön spielte die Klavierspielerin des Konzerts von August und die Orgel von Johannes Schürer des Dreister Konzerts. Auf Geistes ganz geistig und geistig Gemüte

stärklich eine flache Aufgabe vor einem in der Geigerwelt gut bekannten Komponisten, dessen Bearbeitungen von Meisterwerken in doppelter Beziehung sonst einen guten Klang haben.

Im ganzen bedeutet das Volkstanzert des Lehrergesangvereins einen Fortschritt für das magdeburger Musikleben Magdeburg.

Der Maler Jelle Troelstra

Die Familie Troelstra, die durch die Gestalt des sozialistischen Staatsmannes Pieter Jelle Troelstra eine so große Bedeutung für die niederländische Arbeiterbewegung erlangte, ist auch mit dem Kunstleben ihres Heimatlandes eng verbunden. Ein Bruder von Pieter Jelles, der zu früh durch Lungenschwindsucht dahingerafft wurde, jagte als Maler zu schönen Leistungen hin. Zu dem Sohne des alten Pieter Jelles, dem jungen Jelle Troelstra, hat die Familie einen Maler herangezogen, der es wagen durfte, sich in diesen Wochen zum erstenmal mit einer Ausstellung seiner Werke im Amsterdamer holländischen Museum dem Urteil eines größeren Publikums zu unterwerfen.

Der junge Jelle müßte kein Troelstra sein, wenn er nicht jene künstlerische Kraft des gleichen Väterlandes verdankte, mit dem sein geistiger Vater so eng verknüpft ist: dem Proletariat als nach Verneinung freierherber Klasse. Aber er würde auch kein wahrer Künstler sein, wenn seine Kunst nicht über den Rahmen gewöhnlicher Verdingung weit hinausginge. In seinen Schöpfungen ringt eine Persönlichkeit um die Veranschaulichung, die Welt auf die ihre eigene Weise zu betrachten. Jelle Troelstra ist kein Tendenzmaler. Seine Kunstwerke sind, wie das Bild des „Heberflüßigen“, und was einmal so und nicht anders, weil das Notwendigste in ihnen alle andern Momente in den Hintergrund drängt.

Jelle Troelstra ist erst vor kurzem aus dem jenseitigen Süden zurückgekehrt in sein im Herbst und Winter so nebelrauschen und ungesicherter Vaterland zurückgekehrt. Der Studien aus der Zeit vor seinem französischen Aufenthalt mit seiner neuen Epoche verknüpft, bezieht sich auf die Welt, er unter einem heitern Himmel an Arbeiten des Amsterdamer Museums hat. Seine Liebe gilt der Kunst, und er stellt sich auch als Künstler vor allem als Künstler. Der niederländische Kunst ist er mit seinem Volk in große Fülle hinanzugewandert. Denn er hat auf einer seiner Reisen aus dem niederländischen Kunstleben ein Gefühl für die Bedeutung der Kunst gewonnen, die er in seiner Heimat zu finden wünscht. Dennoch ist es keine unge und ungehörige „Seinamkunst“,

die dieser junge sozialistische Maler erstrebt. Noch ist er ein Maler, der sich seine Geltung in einem größeren Kreis erst erringen muß. Aber schon heute kann man sagen, daß seine künstlerischen Leistungen sich denen der jüngeren niederländischen Maler zu Gegenwart durchaus vergleichen lassen. Jelle Troelstra berechtigt zu den schönsten Hoffnungen, weil seine Kunst nichts Abstrichlich-Gewolltes, sondern echte Ursprünglichkeit ist, hinter der ein gereifte Persönlichkeit steht.

Bernard Shaw's Nobelfonds. Gerade jetzt, wenige Tage bevor der neue Nobelpreisträger für Literatur bekannt werden wird oder vielleicht die neuen, denn der Preis von 1926 ist auch noch nicht verteilt (Shaw erhielt im vorigen Jahre den zurückerstatteten Preis von 1925), gerade jetzt wird bekannt, in welcher Weise die Zinsen des Fonds, den Bernard Shaw aus seinen 118 165 Kronen betragenden Preise stiftete, verwendet werden sollen. In erster Linie soll das englische Publikum durch die Uebersetzungen mit Strindbergs hauptsächlichsten Werken bekanntgemacht werden. „Ostern“, „Das Traumspiel“, „Schwanenweiß“, „Spiel mit dem Feuer“, „Der Vater“, „Gespenstersonnen sind in Vorbereitung und werden in einigen Monaten erscheinen fünf weitere Werke werden in kurzen Zwischenräumen folgen. Selma Lagerlöfs „Göta Berking“ soll in neuer Uebersetzung herausgebracht werden; von „Nils Holgerssons Reise“ soll ein verkürzte Auflage erscheinen. Dann sollen Professor M. von Swedensborgs Studien, Uebersetzungen moderner schwedischer Literatur und eine Uebersicht über schwedische Kunst von A. Gauß folgen. Wie erst nachträglich bekannt wird, waren auch die Willkür-Ausstellung in der Tate Gallery und die Strindberg-Ausführung die kürzlich in London stattfanden, vom Shaw-Fonds garantiert.

Fort mit der Todesstrafe. Von Dr. Kurt Rosenfeld. Rede, gehalten am 26. Oktober 1927 im Sonderausschuß des Reichstags zur Bearbeitung des Strafgesetzbuchs. Umfang 2 Bogen Großformat, kartoniert 40 Pfennig. E. Loebische Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30. Die sozialistische Arbeiterinternationale hat kürzlich beschlossen, in allen Ländern eine Agitation für die Aufhebung der Todesstrafe zu veranstalten. Als Ziel der Kundgebungen bezeichnet die Exekutive: die Todesstrafe überaus dem Strafgesetzbuch zu entfernen. — In Deutschland ist der Kampf um die Verletzung der Todesstrafe bei der Beratung des Strafgesetzbuchs im Sonderausschuß eingeleitet. Der Vorsitz der sozialdemokratischen Fraktion und Berichterstatter der Arbeiterpartei, Genosse Dr. Kurt Rosenfeld, hat in einer ausgezeichneten Rede alle Seiten des Problems gründlich erörtert. —

Dies früher von den alten Römern gelöst worden sein, denn wenn damals bereits aus Wachs und Apfelmehl ganze Gewinde von ...

Don Land und Leuten

Merkwürdige Festlichkeiten. Zu der Wandner, meridiane ...

Merlel

Zobesgefahr und Lippenstift. Davf man den Reimungsbericht ...

des Todes entgegenen. Kaufmannschaft wird das in seinen ...

Sumor und Satire

Spartanerkitt. Was hast Du mit den fünf Pfennig ge- ...

Schach

Partie Nr. 5. In regem ...

Wichtigste Ereignisse. Nicht mehr in 3 Hagen, sondern in 2 Hagen ...

BRUNNEN

Margarethebeilage zum Volksstrome

Mr. 90 Magdeburg, Donnerstag den 10. November 1927

Der Schiffsfalag

Tief im allen geschichtlichen Jordan, in Amsterdams Profes- ...

Nach schweren Wochen und Monaten land er Arbeit als ...

Genrell

Das Leben in Ruha mit seiner Gultitititit und seinen ...

Sturmdebatte in Moskau

Vor dem Hinastwurf

Da der Hinastwurf zweier so hervorragender Bolschewisten wie Trotski und Sinowjew aus der Moskauer Exekutive nicht so lang- und kluglos vor sich gehen kann, hat die russische Kommunistische Partei beschlossen, der „Pravda“ eine Diskussionsbeilage beizufügen, auf der die Reden wiedergegeben werden sollen, die auf dem Oktoberplenum des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission der russischen Kommunistischen Partei gehalten wurden. Wir geben einen Auszug aus diesen Reden wieder.

Sinowjew gegen das Zentralkomitee

Sinowjew zählt die politischen Fehler auf, die die kommunistische Partei unter Stalins Leitung begangen hat. Er sagt: „Auf internationalem Gebiet lautet Stalins Passivum: Erstens der Verlust der chinesischen Revolution (natürlich, sie wird neu entstehen); zweitens der schmachtvolle Bankrott der Blockpolitik mit den Verrätern aus dem Generalkstab. Eine Stimme: Das ist ja eben keine Politik. Du warst ja der Vorsitzende.“

Sinowjew: Drittens die Beschleunigung des Bruchs Englands mit der Sowjetunion. Viertens der beinahe zustande gekommene Bruch mit Frankreich. Fünftens der Schritt auf dem Wege der Anerkennung der Vorkriegsschuldner. Sechstens der Beginn der Spaltung der kommunistischen Internationale. Die Auslieferung einer Reihe von kommunistischen Parteien an die Rechten. (Ununterbrochener Lärm im Saale. Ruufe von den Plätzen.)

In der Innenpolitik beträgt das Passivum Stalins: Erstens eine Verzögerung in der Verbesserung der Lage der Arbeiter. Zweitens eine gewisse Rühle in der Arbeiterklasse zur jetzigen Politik des Zentralkomitees. Drittens das Anwachsen der Kulaken. Viertens die Verschlechterung der Stimmung im Dorfe. Insbesondere das Wachstum der Agitation für den Bauernbund. Fünftens der Mißerfolg in der Kampagne des Preisabbaues. Sechstens die Steigerung der Arbeitslosigkeit. Siebentens eine gewisse Verschärfung in der Ernährungsfrage. Ahtens ein Anwachsen nicht allein der ökonomischen, sondern auch der politischen Macht der neuen Bourgeoisie, des Nepmanns, des Kulaks und der Bureaucratie.

Auf dem Gebiete der Parteipolitik lautet das Passivum Stalins: Die Partei steht unmittelbar vor der Gefahr einer Spaltung. Es wäre der größte Fehler, den ihr begehen könnte, wenn ihr das Kräfteverhältnis in diesem Saale dem Kräfteverhältnis in der Partei und in der Arbeiterklasse gleichsetzen wölltet. Die Opposition ist bereits jetzt eine Massenbewegung innerhalb der Partei. (Lärm, Ruufe: Verleumdung! Oh!) und innerhalb der Arbeiterklasse. Eure Verfolgungen werden uns nur nützen! Der größte Fehler ist es, zu glauben, daß man alle Streitigkeiten mit Repressalien, Druck und Gewalt lösen könne. Im politischen Kampfe gibt es oft Situationen, wo Druck und Gewalt nur den Widerstand steigern, und die Meinung, die man unterdrücken will, der Volksmasse näherbringen und sie ihr populärer machen.

Wenn ich es in zwei Worten sagen soll, so kann die gegenwärtige Situation unseres Kampfes in der Partei wie folgt ausgedrückt werden: Entweder werdet ihr uns die Möglichkeit geben müssen, in der Partei zur Partei zu sprechen oder ihr werdet uns alle verhaften müssen. Eine andre Wahl gibt es nicht. (Gelächter. Die Glocke des Präsidenten. Stimmen: Genug, runter von der Tribüne, raus! Unter Lärm, Schreien und Ruufen: runter, runter, verläßt Sinowjew die Tribüne.)

Trotski spricht

Mein Vorschlag, die Angelegenheit des Wrangelschen Offiziers und der militärischen Verschwörung besonders zu behandeln, ist abgelehnt worden. Ich habe die grundsätzliche Frage gestellt, weshalb, wie und durch wen die Partei betrogen wurde, als ihr gesagt wurde, daß die Kommunisten, die mit der Opposition in Verbindung stehen, an einer konterrevolutionären Organisation teilnehmen.

Deshalb versucht man diese Frage durch die Diskussion über die Opposition zu vertuschen. Alle Dokumente, die Menschengenossen veröffentlicht hat, sprechen aber gegen die jetzige Politik. Darüber hat Sinowjew gesprochen. Ich habe nur die Grundfrage zu stellen: Auf welche Weise und weshalb die heute führende Fraktion (Esworow-Tschepanow-Fraktion?) sich gezwungen sah, die Partei zu betrogen und einen Agenten der G. P. U. (Njčka) als Wrangelsoffizier auszugeben und Teile der noch nicht zu Ende geführten Untersuchung herauszugeben, um die Partei

durch falsche Mitteilungen über die Teilnahme der Oppositionsmitglieder an konterrevolutionären Verschwörungen zu schützen. Woher kommt das? Wohin führt es? Allein diese Fragen haben politische Bedeutung. Alles andre kommt in zweiter, in dritter Reihe. Der heutige Organisationsjugg Stalins ist nur ein Vorzeichen für seinen politischen Zusammenbruch. Es ist unmöglich, ihn aufzuhalten und er wird entsprechend dem Stalinschen Regime auf einmal eintreten. Aufgabe der Opposition ist, dafür zu sorgen, daß die Folgen der verhängnisvollen Politik der heutigen Führung der Partei und der mit ihr verbundenen Massen so wenig als möglich Schaden zufügen möge.

Ihr wollt uns aus dem Zentralkomitee ausschließen. Wir verstehen, daß diese Maßnahme vollkommen der Linie der jetzigen Parteiführung in diesem Stadium ihrer Entwicklung, oder, besser gesagt, ihres Zusammenbruchs entspricht. Die führende Fraktion, die Hunderte unserer besten Parteimitglieder, unerschütterliche Arbeiterbolschewisten, ausschließt. Der Apparat der Fraktion, der es wagt, solche Bolschewisten wie Wratshkowskij, Serebrakow, Kreschtschenski, Scharoff, Sackis, Wujowitsch auszuschließen, mit andern Worten Genossen, die imstande wären, ein Parteisekretariat zu bilden, das unermeßlich mehr Autorität besitzen würde, viel vorbereiteter und unermesslich mehr im Sinne Lenins als das heutige Sekretariat. (Lärm.)

Die Fraktion Stalin-Bucharin, die

in das Innenangelegenheits der G. P. U.

so vorzügliche Parteimitglieder wie Njčka, Stjehol, Wajtschew, Schmidt, Fjichilew und viele andre. Eine Apparat-Fraktion, die sich allein über Wasser hält durch Vergewaltigung der Partei, durch Ermüdung des Parteigeistes, durch Desorganisation der proletarischen Avantgarde nicht allein innerhalb der Sowjetunion, sondern auch in der ganzen Welt; eine durch und durch opportunistische Fraktion, die im Laufe des letzten Jahres mit sich schleppte die Njchjanaische, Fumuijow, Purcell, Sid, Ven Tillet, Kuwjinan, Smeral (Lärm), Koper, Heinz Neumann, Marinow, Kondraschew und Kraspalow.

Solch eine Fraktion kann uns im Zentralkomitee selbst einen Monat vor dem Parteikongreß nicht dulden. Dafür haben wir Verhängnis. Unsere Plattform hat man verächtet. Nichtigter gesagt, man hat sie zu verfechten versucht. (Lärm.)

Babuschkina: Euch muß man verächten.

Schupnik: Wozu hört man ihn überhaupt an. Das ist ja nichts andres als ein Geschimpfe auf das Zentralkomitee.

Trotski: Die Furcht vor der Plattform bedeutet nichts andres, als

die Furcht vor den Massen.

Wir haben am 8. September erklärt, daß wir unsere Plattform allen Verböten zumider zur Kenntnis der Partei bringen werden. Wir haben es getan. Wir werden unsere Arbeit zu Ende führen.

Die Genossen Wratshkowskij, Fjichilew und die übrigen Verbasteten, die unsere Plattform gedruckt und verbreitet haben, handelten und handeln vollkommen solidarisch mit uns, den oppositionellen Mitgliedern des Zentralkomitees und der zentralen Kontrollkommission. Wir übernehmen dafür die Verantwortung. (Lärm.)

Das hauptsächlichste Charakteristikum des jetzigen Parteiführers ist, daß er an die Allmacht der Vergewaltigung glaubt, selbst in bezug auf die eigene Partei. Bei der Leninschen Führung, bei der Leninschen Zusammensetzung des Politbureaus spielte der Generalsekretär nur eine untergeordnete Rolle. (Lärm.) Die Lage hat sich geändert seit Lenins Krankheit. Die Auswahl der Leute durch das Sekretariat ging unabhängig von der politischen Linie vor sich. Das war der Grund, weshalb Lenin, die Bedeutung seines Rücktritts von der Arbeit abmähend, der Partei noch den letzten Rat erteilt hat: Nehmt Stalin weg, der die Partei zur Spaltung und Vernichtung führt.

Nachdem Trotski die sozialen Elemente charakterisiert hat, die Stalin um sich im Kampfe gegen die Opposition vereinigt hat, spricht er:

Entscheidend ist nicht der Rücktritt, sondern die grundsätzliche politische Linie, entscheidend ist die Wahl der Beginnungs-genossen, entscheidend sind die Rader, entscheidend ist die soziale Stände, die die Partei hat. Man kann nicht einerseits mit einer Stange die Arbeiterzellen würgen und andererseits gegen den Kulaken verstoßen wollen. Eins ist mit dem andern unvereinbar. (Lärm, Pfeifen.)

Ruufe: Totengräber der Revolution! Schmach! runter! runter mit diesem Gewürm! Nieder mit dem Knechtgaten!

Trotski spricht weiter, aber seine Worte gehen im Lärm unter. Mit den Ruufen „runter“ vermischt sich lautes Pfeifen. Der Vorsitzende schwingt vergeblich seine Glocke und unterbricht die Sitzung. Trotski setzt aber seine Rede fort. Die Mitglieder des Plenums erheben sich von ihren Plätzen und verlassen den Saal.

Das „eigentliche Interesse der deutschen Gläubigerstaaten ist also, die Internationalisierung des Dawesplans nach Möglichkeit zu erleichtern, um hierdurch eine rasche Wendung in der Rheinlandsbefreiung erreichen zu können und um zu bezwecken, daß die Dawes-Obligationen, die bisher noch in den kassenkränkten Pariser Silbers liegen, auf dem internationalen Markt verkauft und von den Sparern der ganzen Welt angenommen werden. Dann können wir mit Ruhe und Sicherheit feststellen, daß die Durchführung des Dawesplans garantiert ist.“

Pariser Straßenbilder

Paris, Mitte November 1927.

Noch heute lernen die Kinder in der französischen Schule, daß in Deutschland alles „verboten“ sei. Für manchen Franzosen ist „verboten“ das einzige deutsche Wort, das er überhaupt zu radebrechen vermag. Ein kurzer Blick nach Italien, wo heutzutage überall Anschläge sind, auf denen das Wort „prohibito“ oder „vietato“ vorkommt, dürfte ihn schnell eines Besseren belehren. Aber auch in Frankreich ist recht viel „offensiv“. Hat doch in Frankreich fast jede zweite Straße an irgendeinem Punkte zu stehen, daß ein Bettelanfleben da bei Strafe verboten ist. Auf Grund eines Gesetzes vom November 1881 muß jedes fensterlose Häuserfrontstück diese Bezeichnung tragen, sonst wehe ihm!

Aber alle unbezeichnet gebliebenen Häuserstücke, Gartenzäune, alle Langerüste und Bretterwände stehen den Bettelanflerern zur Verfügung, die Stifftsäulen sind lediglich den Konzerten und Theaterangeboten reserviert. Ganz in der Nähe der Pariser Oper steht auf dem Boulevard de la Madeleine augenblicklich ein Bretterzaun infolge des Umbaues eines großen Geschäftes. Den hat das nationale „Echo de Paris“ ganz erobert. Da sieht man die erste Frucht der einjährigen Tätigkeit des Herrn de Kerillis, der im „Echo de Paris“ die Innenpolitik zu bearbeiten hat. De Kerillis hat die Anschlagstange und Medienverteilung fast der gesamten französischen Reaktion für die Neuwahlen des kommenden Jahres in die Hand genommen. Und dieser erste Anfang an der belebtesten Stelle von Paris gibt uns ein Beispiel, was allein auf dem Gebiete des Plakattages und beborstet. Vor dem kleinen Gerüst stehen die Neugierigen täglich in mindestens drei Reihen und lesen:

„Die kommunistische Partei ist eine Mörderpartei“, heißt die Unterjoch auf dem einen Bild. Man sieht auf ihm brave Leute, die von Kommunisten standrechtlich erschossen werden. Die Kommunisten haben gerade das Gewehr an der Schulter, und schon sinken die ersten Gegner an der gegenüberliegenden Mauer. Dann ein andres Bild: Räuber dringen auf dem Lande in die Scheunen und Ställe, treiben das Vieh weg, nehmen das Stroh mit und verbrennen das Wohnhaus. „Der Kommunismus ist das Gemeinamtleben, — deine Herde und deine Güter gehören ebenso mir wie dir“, steht darunter. Daneben ein Bild, auf dem das Grab des Unbekannten Soldaten unter dem Triumphbogen zu sehen ist: „Hier ruht ein Soldat, der für das Vaterland starb“, — dem Gedenkstein getreulich nachgedruckt. Aber an das Grab tritt hier ein Kommunist, der im Gegenlicht zu aller Gespinntheit seine Kappe vor dem Grab aufbehält und obendrein hinausspuckt. Im Hintergrund marschieren Kommunisten mit roten Fahnen.

Dann sieht man eine reiche Frau, die nach Holland weggeht, auf der linken Hälfte eines weiten Bildes, und auf der rechten arme Bauern vor ihrem Hab und Gut mit Tränen in den Augen: „Die Kapitalabgabe, der große Dada der Madalen, der Sozialisten und Kommunisten ist ein Wahlschluff. Die reichen Spulanten und Luxusfrauen mit kolossalem Vermögen fliehen ins Ausland, während die Kleinbürger, die ihre Scheunen, ihre Häuser und Felder nicht im Ausland verkaufen werden können, unter jeder neuen Steuer zu leiden haben.“

Dann folgt ein Bild, bei dem Frauen gegen einen Mann auftreten, der die Fahne der Sozialistischen Partei in der Hand hat: „Die deutschen, englischen, österreichischen, schwedischen, polnischen Frauen und viele andre haben das Wahlrecht, aber die französische Sozialistische Partei will es uns nicht geben“ (was einfach un wahr ist); ferner zwei Plakate ohne Bilder, eins zählt Ausprüche führender Kommunisten auf, und das andre hat die Überschrift: „Vergeht niemals, daß 1924 die Gerriot, Painlevé, Blum und alle Unterherriot, Unterpainlevé und Unterblum auch versprochen haben“ (links) und auch gegeben haben (rechts) auf dem Plakat.)

Ein blutrünstiger Anschlag daneben: Ein von Blut tiefendieses Fallbeil mit dem Zeichen von Hammer und Sichel. Auf der Erde schwimmen in Blut die Köpfe von Leon Blum, Renaudel, Gerriot, Painlevé und andern Linksleuten: „Wie in Russland: Kapitalisten und Sozialisten, am großen Abend kommt ihr alle dran.“

Sie beruht alles auf Hebe und Umkehr der Tatsachen. Noch kein Kommunist hat auf das Grab des unbekanntem Soldaten gespußt, die Steuerfahne wurde nie so angezogen wie unter der von rechts bejubelten Poincaré-Regierung.

Die Gegenoffensive gegen die Plakate der Rechten bleibt noch aus. Die Linke ruht noch. Aber in solch niedrige Schmutzpropaganda wie die Rechte wird sie sich nie einlassen.

Kurt Lenz.

Wie man Millionär wird

In Paris wurden ein österreichischer Finanzmann und einige Helfershelfer verhaftet, die ungarische Wertpapiere mit falschen Stempeln versehen ließen. Durch Friedensvertrag wird ein Unterschied gemacht in den Wertpapieren der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie. Die Papiere, die in Händen von Ausländern sind, müssen von den Nachfolgestaaten der Habsburger Monarchie nach Goldwert, die andern Papiere nur nach Papierwert des betreffenden Landes bezahlt werden. Unterschieden wurden die beiden Arten Staatspapiere durch bestimmte Stempel. Diese Stempel wurden von Blumenstein und seinen Helfern auf einer großen Zahl von Papieren angebracht, die sie ursprünglich nicht hatten. Sie bekamen dadurch einen ganz bedeutend größeren Verkaufswert. (Wir berichteten schon gestern über diese Angelegenheit.) Zum Fall Blumenstein wird neuerdings folgendes gemeldet:

Am 9. November. Wie der „Matin“ zu der ungarischen Fälscheraffäre mitteilt, ist Ungarn nicht das alleinige Opfer der Fälscherstempelungen. Auch die andern Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns, die sich verpflichtet hatten, ihre Schulden zu bezahlen, werden Klage erheben, da sie von den Nachfolgestaaten betroffen worden sind, die den Papieren von einem halben Pfennig Wert einen solchen von 5/8 Pfennig verliehen.

Am 9. November. Die Zeitung „Ujjas“ stellt zu dem Falle Blumenstein fest, daß der Bankier Blumenstein in den Jahre 1922-25 im Auftrag der tschechoslowakischen Regierung österreichisch-ungarische Vorkriegsobligationen auf gekauft hat. Das Blatt erinnert daran, daß sämtliche Nachfolgestaaten verpflichtet sind, einen bestimmten jährlichen festgesetzten Betrag an Vorkriegsobligationen bei der „Caisse Commune“ der ausländischen Gläubiger in Paris zu deponieren. Nach Erledigung des tschechoslowakischen Auftrags habe er auf eigene Rechnung weitergekauft und dabei auf 100 Kronen lautende Wertpapiere, die er für eine Goldtöne aufgekauft habe, für 25 Goldtönen weiterverwertet. Das Vermögen Blumensteins werde auf 2 bis 3 Millionen Dollar geschätzt.

Notizen

„Alte Sozialdemokratische Partei und Stahlhelm.“ Der „Parteiexretär“ der Berliner Ortsgruppe der sogenannten „Alten Sozialdemokratischen Partei“, Bernhard Rausch, ist nach Halle an der Saale zum Landesverband Mitteldeutschlands des Stahlhelms übergesiedelt, um dort in Gemeinschaft mit Duesterberg gegen die Arbeitererschaft zu wirken.

Die französischen Sozialisten fordern Abschaffung der Todesstrafe. Entsprechend der vor einiger Zeit geschienenen Ankündigung Renaudels hat jetzt die sozialistische Fraktion der französischen Deputiertenkammer einen Gesetzesentwurf zur Abschaffung der Todesstrafe eingebracht.

Zwei weitere mexikanische Rebellen generale hingerichtet. Wie aus New York gemeldet wird, sind dort Nachrichten aus Mexiko eingetroffen, wonach am Dienstag im Staate Veracruz zwei weitere Rebellen generale von den Regierungstruppen gefangengenommen und hingerichtet worden sind. General Fernando Reyes, einer der Hungerherrscher, war früher ein bekannter Unterführer des Generals Villa, während der andre hingerichtete Rebellenführer, General Garcia, sich nach den Mitteilungen der Regierung seit 10 Jahren als Bandenführer in den Bergen von Orizawa betätigte.

Der Stahlhelm in der Sowjetarmee. Der Kriegs- und Revolutionsrat der Sowjetunion hat beschlossen, in der Roten Armee den Stahlhelm einzuführen. Die Lanzen in der Kavallerie sollen nach wie vor beibehalten werden — wie bei Wilhelm.

Depeschen

Schwere Bluttat

Ab. Friensiedt bei Erfurt, 9. November. Hier ermordete der 19jährige landwirtschaftliche Arbeiter Heinz Schüller auf bestialische Weise eine 61jährige Witwe, nachdem er die Frau zu vergewaltigen versucht hatte. Mit einem Küchenmesser brachte er ihr einen bis auf die Wirbelsäule gehenden Stich in den Hals bei, dann schlug er mit einem Dreifuß auf sie ein und erdroffelte sie schließlich mit einem Strick. Nach der Tat versuchte er sich zuerst mit Kreolin zu vergiften und tötete sich dann durch einen Schrotschuß in den Unterleib.

Das ideale Laxin Abführ-Konfekt

Jeder
Damenhut
aus Silke mit Filztuch
verarbeitet in schwarz u. farbig
auch in großen Kopffreien
mit **2,95**

Langge & Münzberg
Breiterweg 51/52

KL
Kammerlichtspiele
älteste und größte Filmbühne Magdeburgs

Donnerstag 16 Uhr:
**Premiere unser großdeutsches
Zweischlager-Programms.**
Carmen Boni — Jac Trevor — Nien Sön Ling
Kurt Vespermann — Bernhard Götzke

**Die Gefangene
von Shanghai**
Die abenteuerlichen Erlebnisse
dreier Europäer im fernen Osten

Mit Mut zur aktuellen Reportage greift der Film
hinein ins volle Menschenleben, packt den Osten,
China, Bürgerkrieg, Nord-Süd-Armeer, Europahaf,
Frauenliebe, Miatenbrunst — läßt den Beschauer
die Liebesgeschichte einer weißen Frau und eines
Konsulatsbeamten erleben, daß er gepackt und
erschüttert ist.

Vivian Gibson — Evelyn Holt — Gert Bries
Walpurgisnacht
(O, du mein Heimatland)

Ein Filmspiel von der lodenden Welt und von
den Schönheiten unserer deutschen Heimatlandes
Wochenchau Kulturschau

DEULIG
PALAST
Die führende Filmbühne!

Voranzeige!
Durch Vertragsstörungen
find wir erst heute in der
Sage den phänomenalen
Sudermann-Film:

Es war
für kommenden
Freitag
anzuführend

„Es war“, eine der reifen
Werke Hermann Sudermanns,
ist in seiner stimmungsvollen
Inszenierung
ein Epochenwerk
allerersten Ranges
geworden!

Gestaltet von den überaus
fähigsten Regisseuren
einer

Geete Gaebe
und eines
John Gilbert

Der Besuch einer Hochzeit
dieses glänzenden Filmes
ist für jeden Besucher
der führenden Filmbühne
zum Ereignis!

Montag letzter Tag:
**Die erwachende
Sphinx**
mit Vortrag des
**Herrn Kapellmeisters
Wangemann**

Film
des Internat. Großfilms

Donnerstag
Freitag
1/2 Uhr
Sonntags

**Große Märchen-
Vorstellungen**
für Klein und groß.
2 Märchen-Großfilme und andere
mit persönlichem Begleitprogramm von
Alice Dreßler.

Die Schneerose
Großes Märchenstück in 3 Akten.
Prinz Ellein
Ein wunderbares Erlebnis
in 3 großen Akten.
Sagen:
**Ziel Lustiges
Ganz keine Preise!**

Hier lernen Damen
u. Herren ab 14 u. 50 Jahre
von Wachsen nach lassen
Schnell erlernt täglich ab 11 Uhr
theoretisch und sehr effektiv
Jahreskurs nach 4 Stunden
Schnell erlernt täglich ab 11 Uhr
theoretisch und sehr effektiv
Jahreskurs nach 4 Stunden
Schnell erlernt täglich ab 11 Uhr
theoretisch und sehr effektiv
Jahreskurs nach 4 Stunden

Geheim-Eröffnung.
Freitag des 1. November
ab 8 Uhr
Pausenkläuterei
Es ist ein neues Verfahren, das nun ganz und
recht sein zu können. Es ist ein
ganz neues Verfahren zu sein.
W. Schneider und Frau.

Wissenschaftliches Institut
E. G. M. B. B.

Das Institut (Gegründet am 18. April,
am 1. März 1910) hat in Herrn
Karl Gerber in Magdeburg, das
erste Institut für die

Verteiler-Vorstellung
mit folgenden Tagesprogrammen:
1. Vertiefung des
2. Vertiefung des
3. Vertiefung des
4. Vertiefung des
5. Vertiefung des

Verteiler-Vorstellung
mit folgenden Tagesprogrammen:
1. Vertiefung des
2. Vertiefung des
3. Vertiefung des
4. Vertiefung des
5. Vertiefung des

Das Institut (Gegründet am 18. April,
am 1. März 1910) hat in Herrn
Karl Gerber in Magdeburg, das
erste Institut für die

STADTTHEATER
Donnerstag, 18. Nov., 8. Abt., 19.30 — 22
DER TROUBADOUR
Oper v. G. Verdi
Freitag, 19. Nov., 8. Abt., 19.30, 9. Abt.
JUGEND IM MAI
Am Sonntag den 22. Nov., Anf. 15 Uhr,
findet die erste Vorstellung des diesjährigen
Wochenprogramms
PETERCHENS MONDFAHRT
statt. Kleine Preise! Bei dem großen Andrang
wird gebeten, die Karten im Vorverkauf zu
entwerfen.

WILHELM-THEATER
Offene Vorstellungen zu Melodram Preisen
von 2.50 — 2.00 Mk., Anf. 20 Uhr
Sonntags den 12., Sonntag den 13. November
Der große Erfolg!
EINBRUCH
Kriminal-Geschichte von Robert v. Ludendorff
am Montag, 17. Nov. 20 Uhr, Vert. 2. u.
Volks. (3) Zerstörungs- und

Pianos
monatlich
50.- Mark
**Paul Schumann
& Sohn**
Breiter Weg 187
Telephon 7826
— Gegr. 1889 —

Wähler jed. Veremp
B. 5561g Boitspinnere

Lu Adranowitsch
nachmittags und abends

Walhalla - Kabarett
Apfelstraße 12.

Zentraltheater
DIREKTION: WALTER SCHMIDT

Täglich 8 Uhr:
**Drei
arme
kleine
Mädels!**

Die neue, überall mit glänzendem Erfolg
gegebene Operette Walter Kollas
Sonntag: 2 Vorstellungen
Montags 4 Uhr: Kleine Preise
und abends 8 Uhr

**Der
Schach-
SPIELER**
Der Gefangene einer Kaiserin

Film

Der gewaltigste Monumentalfilm
Ein Wunderwerk
der Regie, Darstellung und Technik
Premiere: Freitag

Magdeburger Angelegenheiten

Flaggenkrieg im Fleischerladen

Seit Tagen kleben schwarzweißrot umrandete Plakate an den Anschlagtafeln. „Drei arme kleine Mädels“, „Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren“, „Die Tugendprinzessin“ und andre schöne Dinge werden darauf angeboten. Firma ist der Bühnenvolksbund, Ortsausschuß Magdeburg (seine Leitung sitzt nicht mehr im Käfeladen!). Während bescheiden steht noch in kleiner Schrift darunter: „Gesellschaft für Theater und Kunst.“

Dieser schwarzweißrot umrandete Bühnenvolksbund verkündet sein Winterprogramm. Er hat sich mit seiner Verkündung nicht nur auf Plakatsäulen beschränkt. Nebenbei bemerkt: Die Anschlagtafeln sind den schwarzweißroten Theater- und Kunstgesellschaftlern viel zu demokratisch. Denn zufällig klebt auch das große und künstlerische Plakat der „Volksstimme“ daran. Also hat man seine Plakate auch den Inhabern von Käse-, Wäcker- und Fleischerladen zum Anschlag in die Schaufenster gegeben. War-leher Schimmelfäse, Schwarzbrot und Schweineohren garniert mit der Gesellschaft für Theater und Kunst in schwarzweißroter Verpackung: Das macht sich stark!

Die Sache hat aber einen Haken. Zum größten Leidwesen schwarzweißroter Käfeladeninhaber, Wäcker- und Fleischermeister gibt es unter dem kaufkräftigen Publikum auch Leute — und nicht wenige —, die eine andre Farbe als die des versunklenen Kaiserreichs als Symbol für ihre Gesinnung anerkennen. Da kann z. B. ein Fleischermeister in schwere Gewissenskonflikte geraten. Ist man auch bis auf die Knochen kaisertreu und schwarzweißrot, Geschäft ist doch schließlich die Hauptsache. Und in mancher schlaflosen Nacht macht er in Flaggenkrieg. In einer solchen Nacht ist einem Fleischermeister in der Otto-von-Guericke-Straße die Erleuchtung gekommen. Er hatte das so schön schwarzweißrot umrandete Plakat zunächst unter den Ladentisch gelegt. Was sollte er nur damit anfangen! Wurde er doch unter seinen Kunden viele Republikaner, die bestimmt Anstoß genommen hätten. Also die Erleuchtung kam und bestand darin, daß das Schwarze rundum ab-geschritten wurde. Der Wand war nun weißrot. Der Himmel mag wissen, welcher Staat im partikularistischen Deutschland solche Landesherrschaft hat. Vergnügt rieb sich der Meister die Hände über den geistreichen Einfall. Und so hängt nun das kaisertreue Plakat mit seinen drei armen kleinen Mädels, mit seinem verlorenen Herzen und seiner Tugendprinzessin im Schaufenster über Würst und Ochsenfleisch.

Armer Bühnenvolksbund! Vom Fahnenstapel auf dem Reichsjugendtag bis in den Fleischerladen mußt du den Flaggenkrieg führen. —

Die Eisenbahnarbeiter wehren sich

Die schlechten Arbeitsbedingungen in den Verkehrs-betrieben der Reichsbahn und die Ablehnung berechtigter Wünsche der Arbeiter haben diese zu einmütiger Abwehr zusammengeführt. In einer Eisenbahnerversammlung fand die Empörung in folgender Entschließung ihren Ausdruck:

„Die am 6. November versammelten Eisenbahner des Verkehrsbezirks Magdeburg und Schönebeck haben zu den Fragen der Lohnregulierung, der Urlaubszulage, des Gedränges und der Dienstdauerbeschränkungen eingehend Stellung genommen. Die Versammelten stellen fest, daß alle berechtigten Wünsche der Verkehrsarbeiter bisher abgelehnt worden sind.“

Besonders ist hervorzuheben: Die von dem Verkehrsamt 1 und der Reichsbahndirektion Magdeburg den einzelnen Belegstellen der verschiedenen Betriebe aufgezogenen kleinen Verordnungs-gemeinschaften haben sich für die Dienstfreibriefe hindernd gezeigt, aber auch als völlig unwirtschaftlich, da Rampen- und Vernichtung der Güter wie ein ungewöhnlich hoher Fallschirm ständig gewachsen sind; sie haben sich zerkend auf die Solidarität der Arbeiter erwiesen. Unter Würdigung aller dieser Umstände haben die Verkehrsarbeiter einstimmig beschlossen, durch einen Solidaritätsakt die aufgetretenen Neben zu beseitigen.

Es haben beschlossen, bei jeder Dienststelle die Heberverdienste aller kleinen Verdienstgemeinschaften in eine Kasse stecken zu lassen, aus der dann prozentual der beteiligten Arbeiter die angelaufenen Summen wieder an jeden einzelnen Beteiligten zurückfließen. Damit wird praktisch auf jeder einzelnen Dienststelle nur eine große Verdienstgemeinschaft hergestellt.

Die Ortsverwaltung des Einheitsverbandes der Eisenbahner wird beauftragt, die Deffentlichkeit, die Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftskammern und darüber hinaus alle interessierten Kreise darauf aufmerksam zu machen, daß infolge des Ausbeutungssystems bei der Reichsbahn, die ständig einlaufenden Klagen von Industrie, Handel und Landwirtschaft und den Privatinteressenten der Reichsbahn über Güterbeschädigungen und Vernichtung, Falschmeldung und Zuspätkieferung begründet sind, wie diese Unwirtschaftlichkeit durch den berufenen Vertreter bei der nächsten Tagung des Landes-Eisenbahnrats zur Erörterung zu bringen.

Die Versammelten erklären, daß sie nicht mehr unter die Dienstdauerbeschränkungen fallen wollen und auch nicht mehr gewillt sind, Heberverdienste zu leisten.

Die Anwesenden verpflichten sich, von Organisation zu Organisation hinaus dem Beschluß restlos Wirkung durch treues Zusammenhalten zu verschaffen, wie dies auch die anwesenden Unorganisierten geloben, die sich sofort als Mitglieder angemeldet haben. Den noch vorhandenen, aber nicht erschienen Unorganisierten ruft die Versammlung zu, sich sofort im Einheitsverband zu organisieren, damit die Gewerkschaftsinstanzen in die Lage versetzt werden, die Beschlüsse im Interesse der Verkehrsarbeiter erfolgreich durchzuführen zu können.

In allem Mut der Zusammenhalt bürgt für restlosen Erfolg. Störungen des Betriebs, insonderheit des Vor- und Weisnachverkehrs verantwortet die Reichsbahndirektion, wenn sie nicht den berechtigten Forderungen der Arbeiter Rechnung trägt.“



Sie ist der Lautsprecher im Kampf um die politische Macht. „Meinungsmacher“ nennt man in Amerika die großen Zeitungs-könige, die Besitzer der Blätter, die in Millionenauflagen das Land überfluteten. Auch wir haben unsere Meinungsmacher.

Was wißt ihr von Scherl und Eugenberg?

Was wißt ihr von den großen Zeitungskonflikten und Meinungs-gongerien der Reaktion? Von den feinerbewegten Organisationen, die mit Hilfe der technisch modernsten Korrespondenzen das reaktionäre Gift der Hebe und Verleumdung hinausstrahlen bis ins kleinste Provinzblatt? Ein großer, fast der größte Teil der politischen Macht der Reaktion beruht darauf, daß sie das Heer dieser kleinen, sogenannten „harmlosen“ Blätter Tag für Tag mit Stoff versorgt.

Was ist demgegenüber die sozialdemokratische Presse? Seht euch die Zahlen an: Die Zahl und die Auflageziffer der sozialdemokratischen Presse spielt gegenüber den bürgerlichen Zeitungen aller Schattierungen noch immer eine ver-schwindend kleine Rolle. Gewiß, es ist vorwärtsge-gangen. Aber noch immer steht die Zahl der Abonnenten der sozialdemokratischen Presse im trüben Verhältnis zur Zahl der sozialdemokratischen Wähler.

„Unser Hauptfeind ist die bürgerliche Presse.“ möchte man mit einem Worte von Rastalle sagen. Sie zurück-zudrängen, den sozialdemokratischen Zeitungen den Platz und Ein-fluß zu verschaffen, der der Bedeutung der Arbeiterklasse ent-spricht, muß unser aller Ziel sein. Die sozialdemokratische Presse ist der beste Freund des schaffenden Volkes. Wer die gleiche Gesinnung wie sie hat, wer tagaus, tagein im Kampfe gegen die Ausbeutung des Kapitalismus und gegen die Annäherung der bürgerlichen Parteien steht, muß sich abwenden von der bürgerlichen Zeitung und Bezieger des sozialdemokratischen Blattes werden.

Es verträgt sich nicht länger miteinander, daß ihr sozial-demokratisch wählt und zugleich den bürgerlichen „General-anzeiger“, das angeblich „parteilose“ Blatt abonniert. Es genügt nicht, bloß zu lesen und zu abonnieren, es gilt auch zu werben! Man muß die Anschauungen, zu denen man sich selbst durchgerungen hat, auch verbreiten helfen. Die nächsten Wahlen fordern die äußerste Anspannung und Energie, damit der große Kampf gegen die Reaktion gewonnen wird.

Oberstes Gebot: Fort mit der bürgerlichen Presse! In jede proletarische Familie, in die Familien der Arbeiter, Beamten und Angestellten gehört heute

die „Volksstimme“!

Ausbau des Straßenreinigungsdepots Nötgerstraße

In den Garagen des Straßenreinigungsdepots Nötgerstraße 8 sind außer den Straßenreinigungsmaschinen auch Personentransportwagen anderer städtischer Dienststellen untergebracht. Durch Vermehrung der Wagenzahl ist die Aufstellung jetzt so besetzt, daß ein weiteres Zusammenrücken der Fahrzeuge nicht mehr möglich ist. Zurzeit stehen in den 13 Garagen 19 Kraftfahrzeuge und zwar 6 Personentransportwagen und 13 Straßenreinigungsmaschinen. In nächster Zeit kommen weitere 6 Kraftwagen (2 Straßenreinigungs-maschinen, 4 Wagen anderer Dienststellen) zur Ablieferung, die infolge Raummangels nicht untergebracht werden können. Die Errichtung weiterer Garagen ist deshalb eine Notwendigkeit geworden.

Um im gegenwärtigen Zeitpunkt die Ausgaben möglichst gering zu halten, hat der Magistrat beschlossen, für den Bau der Garagen die bereits 1925 zur Verfügung gestellte Rate von 160 000 Mark für die Verlegung des Depots Schlachthofstraße

dadurch freizumachen, daß die Errichtung des geplanten Erhab-nisses für das zum Abbruch bestimmte Straßenreinigungsdepot auf dem Schlachthofgelände noch um einige Jahre hinausgeschoben wird. Der Magistrat hält es mit Rücksicht auf die Finanzlage der Stadt für geboten, zurzeit nur den durchaus notwendigen Raum für die vorhandenen und in nächster Zeit zur Lieferung kommenden Kraftfahrzeuge (zusammen 25) zu schaffen. Das ist durch weiteren Ausbau des Straßenreinigungsdepots Nötgerstraße 8 möglich. Die Errichtung von 13 Garagen mit den in Verbindung stehenden baulichen Anordnungen läßt sich mit einem Gesamtkostenaufwand von 100 000 Mark schaffen.

Der Frage der Errichtung eines Kraftfahrdepots wird durch den Ausbau des Depots Nötgerstraße nicht vorgegriffen, denn auch nach Errichtung des Kraftfahrdepots würde an Stelle der im Straßenreinigungsdepot Nötgerstraße vorläufig unter-gebrachten Personentransportwagen anderer städtischer Dienststellen, die alsdann vom Kraftfahrdepot übernommen werden, für noch zu be-schaffende Straßenreinigungsmaschinen der Raum benötigt werden.

Die Deputation für Straßenreinigung und der Verkehrs-ausschuß des Magistrats haben dem vorgeschlagenen Ausbau des Depots Nötgerstraße zugestimmt. Die Stadtverordneten-Versamm-lung hat sich am Donnerstag mit der Vorlage zu beschäftigen. —

Kanalisation des Sachsenrings

Aus verkehrstechnischen Gründen ist es erforderlich, daß der Sachsenring auf der Strecke zwischen der Halberstädter Straße und der Braunschweiger Bahn in Verbindung mit dem verlängerten Sachsenring zwischen der Halberstädter Straße und der neuen Unterführung an der Gellestraße besser ausgebaut wird. Zur Regelung der Entwässerungsverhältnisse muß die Straße zunächst kanalisiert werden. Das hierfür aufgestellte Projekt sieht den Einbau eines Rohrkanals von 80 Zentimeter lichter Weite vor. Die anschlagsmäßigen Kosten betragen 12 000 Mark. Die Baudeputation hat das Projekt in ihrer Sitzung vom 1. November genehmigt. Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich am Donnerstag mit der Vorlage zu beschäftigen und wird um Bewilligung der 12 000 Mark ersucht. —

Die Wahlen der Angestellten

Die Vertrauensmänner zur Angestelltenversicherung werden in Magdeburg am Sonntag den 20. November gewählt. Der freige-werkschaftliche Zentralverband der Angestellten hat zu dieser wichtigen Wahl folgende Kandidaten aufgestellt:

- Paul Bach, Verbandsvorsteher des z. b. V., Geschäftsführer des IFA-Bundes,
- Walter Röber, Gauleiter der Kriegsbeschädigten,
- Martha Brechmer, Bureauangestellte,
- Bernhard Wünschmann, Sekretär im Ortsausschuß,
- Fritz Köppen, Geschäftsführer des Musikerverbandes,
- Karl Klaus, Reichsbahnangestellter,
- Gemmi Sack, Verkäuferin,
- Ernst Brennecke, Industrieangestellter,
- Robert Koche, Versicherungangestellter,
- Paul Vogelmann, Filialleiter,
- Richard Lümme, Behördenangestellter,
- Fritz Fischer, Kranenistangestellter,
- Karl Panitz, Zeitungsanangestellter,
- Marie Petzschke, Lageristin,
- Artur Pape, Jugendleiter.

Diese Liste genießt das Vertrauen aller fortschrittlich gesinnten männlichen und weiblichen Angestellten. Sie gibt Gewähr, daß ihre Wahl die Forderungen der freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände auf Erhöhung der Renten für alte und erwerbsunfähige Angestellte, auf Herabsetzung der Wartezeit von 10 auf 5 Jahre, auf Herabsetzung der Altersgrenze für den Rentenbezug von 65 auf 60 Jahre, auf Schutz der Angestellten gegen unsoziale Anlässe ihrer Beitragselder und auf Ausbau der Angestelltenversicherung in einer leistungsfähigen und sozialen Ein-richtung im Interesse der Angestellten vertreten werden. Diese Kandidaten setzen sich ferner auch besonders für den Rechtsanspruch bei Selbstverfahren ein und werden es zu verhindern suchen, daß auch weiterhin 40 Prozent Kranke und erholungs-bedürftige Angestellte von der Hilfe der Angestelltenversicherung ausgeschlossen werden.

Darum wählen alle kaufmännischen und Bureauangestellten der Industrie, des Handels und Verkehrs, der Behörden, Ver-sicherungen, Banken, Anwaltsbüros usw. sowie alle sonst noch Ver-sicherungspflichtigen die Liste Bach-Röber! —

„Stille Versicherung“

Für Pakete nach Ländern, die ihrerseits keine Wertver-sicherung oder nur eine geringe Wertangabe zulassen, besteht seit einigen Jahren eine neue Versicherungsart: die sogenannte „Stille Versicherung“, bei der die Deutsche Reichspost dem Absender gegenüber die Haftung gegen Verlust, Verabreichung oder Beschädigung bis zum Höchstbetrag von 1000 Mark übernimmt. Da solche Pakete während ihrer Beförderung keine Wertpapiere darstellen, werden sie als gewöhnliche Pakete angenommen. Der Absender darf das Verlangen dieser stillen Versicherung weder auf dem Paket noch auf der Paketearte bemerken; er muß es vielmehr dem Annahmbeamten gegenüber mündlich oder auch durch besondere Nachrichtensettel, im Entlieferungszettel oder Entlieferungsbuch usw. zum Ausdruck bringen. Außer der Ge-winnungsgebühr für das Paket wird eine Behandlungsgebühr von 30 Pf. und eine Versicherungsgebühr, die im allgemeinen 50 Pf. für je 50 Mark, mindestens 1 Mark beträgt, erhoben. Die Einlieferung wird gebührenfrei bescheinigt. Ueber Einzelheiten er-teilen die Postanstalten gern Auskunft.

Gute und reichliche Beleuchtung ist eine wirtschaftliche und kulturelle Notwendigkeit.

Lassen Sie sich im Fachgeschäft lichtwirtschaftlich beraten.



OSRAM



Nachrichten aus der Provinz

Die Ernteflächen in Preußen

An Hand der „Statistischen Korrespondenz“ veröffentlicht der „Amtliche Preussische PresseDienst“ die in diesem Jahre für Preußen festgestellten Ernteflächen.

Das in den letztvergangenen Jahren beobachtete Anwachsen der Brotgetreidefläche zeigt sich auch 1927; immerhin ist ihr Umfang mit 4,6 Millionen Hektar noch um etwa 350 000 Hektar geringer als 1913. Dieses Weniger ergibt sich aus dem Rückgang des Winterroggenbaues, der 1927 wiederum mehr als 40 000 Hektar verloren hat (Winterroggenfläche 1927: 2 522 000 Hektar). Dagegen hat die in den letzten Jahren stets wachsende Winterweizenfläche gegenüber 1926 annähernd 80 000 Hektar gewonnen und damit zum erstenmal einen größeren Umfang erreicht als 1913 (Winterweizenfläche 1927: 926 000 Hektar).

Im Gegensatz zum Roggenbau hat das Futtergetreide 1927, verglichen mit 1926, an Fläche eingebüßt; es hat ebenso wie Brotgetreide eine geringere Anbaufläche als 1913 (Futtergetreidefläche 1927: 8 368 000 Hektar). Beim Futtergetreide ergibt sich der Rückgang aus der Entwicklung des Haferanbaues, der seit der Vorkriegszeit etwa 250 000 Hektar verloren hat (Haferfläche 1927: 2 330 000 Hektar).

Die Hülsenfrüchte haben insgesamt seit dem Vorjahr etwas an Fläche verloren. Eine erfreuliche Tatsache ist es, daß der Hackfruchtbau heute erheblich stärker ist als vor dem Kriege (Hackfruchtfläche 1927: 2 771 000 Hektar). Das Mehr ergibt sich insbesondere aus der Zunahme des Futter- und Strohfruchtbaues, die das Weniger des Zuckerrübenbaues weit überwiegt. Gegen 1926 haben die Hackfrüchte weiter Boden gewonnen. Insbesondere ist der Zuckerrübenbau um mehr als 20 000 Hektar oder 7,5 Prozent erweitert worden.

Die Kartoffelfläche hat um etwa 18 000 Hektar oder 1 Prozent zugenommen (Kartoffelfläche 1927: 1 532 000 Hektar). Die selbstmäßig angebauten Gartengewächse haben insgesamt ebenso wie die Hackfrüchte gegenüber 1913 und 1926 einen Flächenzuwachs zu verzeichnen, während der Anbau von Handels- und Gartenpflanzen (Mispel, Kirschen, Gebeirpflanzungen, Hopfen usw.) mehr und mehr zurückgeht. Die Futterpflanzen haben im ganzen dem Vorjahr und 1913 gegenüber etwas an Fläche verloren.

Wies in allem ist der Umfang des Ackerlandes im Vergleich mit dem Jahre 1913 und ebenso mit dem vergangenen Jahre geringer geworden, während die Wiesen ein wenig, die Weiden dagegen in stärkerer Maße zugenommen haben.

Kreis Wanzleben

Groß-Otterleben

Loße der Arbeiterwohlfahrt. Die Loße sind eingetroffen. Den Vertrieb regelt die Leiterin der Arbeiterwohlfahrt, Genossin Thomaß, Friedrichstraße 20.

Dodentod

Die Werbewoche nahm ihren Anfang mit einer öffentlichen Volksversammlung, in der der Reichstagsabgeordnete Genosse Silber Schmidt über den Bürgerblut und seine Regierung sprach. Eingehend führte der Redner den Verfall der Hinterhältigkeit der Bürgerblutparteien vor Augen. Der Bürgerblutregierung kann das Handwerk nur durch eine siegreiche Sozialdemokratische Partei gelegt werden. Der Erfolg war die feste Gründung des Parteivereins und die Aufnahme einer Anzahl neuer Mitglieder. Unsere Parole muß jetzt heißen: Werbt für die Partei und ihre Presse, damit wir dem Wahljahr ruhig entgegensehen können!

Kreis Jerichow 1

Biederitz

Verprügelter Frauenschänder.

Am Montag gegen 20 Uhr versuchte ein Radfahrer in der Woltersdorfer Straße jenseits der Bahnüberführung ein Sittlichkeitsverbrechen. Der Uebeltäter ahnte jedoch nicht, daß er bei der Pflegerin Fräulein Sänger auf einen solchen Widerstand stoßen würde, wie er ihn erleben mußte. Geistesgegenwärtig wehrte die Pflegerin nicht nur den Angreifer ab, sondern schlug ihn noch mit den Fäusten ins Gesicht. Der Täter versuchte bald, auf seinem Rade zu entkommen, Fräulein Sänger aber verhinderte dies durch Festhalten des Rades am hinteren Schutzblech, das dadurch stark verbogen wurde. Auf diese Weise kam auch der Radsack in ihre Hände. Sie schlug ihn dem Manne so heftig um die Ohren, daß ihm wohl die Luft zu weiteren derartigen Abenteuern vergangen sein wird.

Leider war es dem Fräulein Sänger nicht möglich, die Person des Radfahrers feststellen zu lassen. Es kamen keine Leute des Weges. Als

Der Radfahrer das Messer zog,

mußte sie ihn ziehen lassen. Am Tatort sind der sehr zerklüftene Radsack, der als Tragriemen Gurte hat, und eine grün, schwarz und grau karierte Ballonmütze mit hellen Streifen zurückgeblieben. In dem Radsack befanden sich ein Paar Pantoffel, ringsum mit schmalem Bandeisen beschlagen, eine Emaille-Kaffeeflasche und ein Kinderstrumpf, in den sicher die Kaffeeflasche gesteckt wurde.

Der Täter ist 1,65 bis 1,70 Meter groß 30 bis 35 Jahre alt, hat dunkelblondes Haar und längliches Gesicht. Er trug einen dunkeln Jacketanzug. Sein Gesicht wird durch die kräftige Verteidigung grün und blaue Flecke aufweisen. Es wird angenommen, daß es sich um einen Straßenzementierer oder Terrazzoleger aus Gommern oder der nächsten Umgebung handelt. In dem Radsack befindet sich ein Blatt des „Gommerner Anzeigers“. Angaben über die Person des Täters nimmt das Amtsbureau in Biederitz entgegen.

Gommern

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten hielt im Gasthof zur Sonne eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende, Kamerad Walter Voigt, gab den Bericht von der Kreisversammlung in Görzke. Die Ausführungen wurden ergänzt durch die Kameradin Emma Brand und den Kameraden Otto Dorendorf. In der Aussprache beteiligte sich der Kamerad Otto Heuschel. Der Kassenbericht wurde vom Kassierer Walter Heinrich gegeben. Der Mitgliederstand ist im Steigen begriffen. Kamerad Otto Heuschel gab eingehende Aufklärung über die Fürsorgeauschüsse. Nach den Anregungen des Gausvorsitzenden wurden für die Krankenkassenauschüsse die Kameraden Paul Rösche und Maria Dähler vorgeschlagen. Diese Kameraden sollen dem Ortsausschuß der Gewerkschaften als Kandidaten empfohlen werden. Nachdem noch interne Vereinsangelegenheiten besprochen waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Ein Unfall ereignete sich auf der Zuckerfabrik, indem ein landwirtschaftlicher Arbeiter überfahren wurde. Es wurde für Überführung ins Krankenhaus gesorgt.

Ein Feuer brach am Dienstag morgen auf der Kleinbahn aus. Der Güterschuppen brannte fast vollständig nieder. Die heftige Feuerwehre wurde sofort alarmiert und war auch sofort am Brandherd. Die Notrufprufe der Zuckerfabrik konnte wegen Wassermangels nicht eingeleitet werden. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Loburg

Mittelschulfragen. Der Magistrat hatte auf Beschluß der letzten Stadtverordneten-Sitzung eine öffentliche Volksversammlung einberufen mit dem Zweck, einmal die Meinung der Bürger zu hören über den Bestand der Mittelschule. Bürgermeister Giermann schilderte die Entwicklung der Schule in den 7 Jahren ihres Bestehens. Da die Mittelschule noch nicht anerkannt ist, weil es an einem genügenden Schulhaus fehlt, hat sie nicht den gewünschten Zuspruch. Dadurch entstehen hohe Zuschüsse, die in diesem Jahre die Summe von 11 000 Mark erreicht haben. Es muß also, wenn keine Möglichkeit für einen Schulbau gegeben ist, mit dem Eingehen der Schule gerechnet werden, denn beträchtliche Zuschüsse sind auf die Dauer nicht tragbar. Eine letzte Möglichkeit zum Erhalten der Schule besteht darin, benachbarte Gemeinden mit zu interessieren durch Gründung eines Zweckverbandes. In der Aussprache wurde fast von allen Rednern bedauert, daß es nicht möglich sei, die Schule zu erhalten, denn der Abbau einer Schule bedeutet immer einen Kulturrückschritt. Auch von unsern Genossen wurde die Erhaltung befürwortet. Wenn auch ein großer Teil der Arbeiterschaft nicht instande ist, die Kinder zur Mittelschule zu schicken, so bestände doch die Aussicht, daß bei weiterem

Willst du deines Grundherrn Knecht bleiben?



Nein! Du willst freier Arbeiter auf freiem Grunde sein, willst kämpfen für gerechte und ausreichende Entlohnung, willst mithelfen am Aufstieg deiner Genossen. Deshalb mußt du dich auch politisch organisieren!

Welche dich als Mitglied bei der Sozialdemokratischen Partei.

Ausbau mehr Beihilfen gewährt werden könnten. Schulen dürfen erst zuletzt abgebaut werden. Die Mitteilung, daß durch Zusammenschluß mehrerer Gemeinden die Erhaltung versucht werden würde, wurde begrüßt. Sollte dies aber wider Erwarten nicht gelingen, so muß eben mit dem Abbau gerechnet werden. Die Versammlung ging erst nach Mitternacht auseinander.

Autoverbindung. Von der Zerbitzer Straßenbahn wird eine Autoverbindung Zerbitz-Loitzau-Loburg-Lindau-Zerbitz zum 1. Dezember geplant. Wir haben erfahren, daß der Gewerbeverein Einspruch erhoben hätte. Unverständlich wäre es, wenn dies zutrifft. Wohl hat Loburg Bahnverbindung mit Magdeburg, doch vom Verkehr nach Anhalt hin ist es so gut wie abgeklüftet. Die Bevölkerung begrüßt die geplante Linie. Es liegt im Interesse der Stadt, wenn die Linie sobald als irgend möglich in Betrieb genommen wird.

Loße der Arbeiterwohlfahrt sind im Konsumvereinslager und beim Friseur Fr. Haufe, Alte Straße, zu haben.

Die Revolutionsfeier der Partei findet am Sonnabend den 12. November im Lokal von Nünke statt. Der Arbeiter-Radfahrerverein wird ein soziales Schauspiel aufführen, und Genosse Blum (Burg) wird die Festrede halten. Wir laden die Arbeiterschaft von Loburg und Umgegend ein. Die Eintrittspreise sind niedrig.

Die bringende Stadtverordneten-Sitzung am Sonnabend stimmte dem Magistratsbeschlusse auf Bau von sechs Wohnungen zu. Sobald die Verträge mit den beiden Unternehmern abgeschlossen sind, soll sofort mit dem Bau begonnen werden. Für einige Zeit ist für Arbeit gesorgt. Die Bautätigkeit geht ja bald ihrem Ende entgegen.

Stadtkreis Burg

Der Volkshor wirkt auch bei der heutigen Revolutionsfeier wieder mit. Er läßt es sich überhaupt stets angelegen sein, die Arbeiterseite durch den Vortrag seinerlieder zu veredeln. Diese Tätigkeit wird von der Arbeiterschaft schon so sehr als Selbstverständlichkeit betrachtet, daß es nur auffallen würde, wenn der Volkshor einmal nicht mehr bei ihren Veranstaltungen zu finden wäre. Glücklicherweise ist ja mit einer solchen Möglichkeit nicht zu rechnen. Weil dies aber so ist, sollte die Arbeiterschaft dem Volkshor mehr Interesse entgegenbringen. Hunderte sind noch da, die singen können. Sie gehen aber nicht in die Nebungsstunden des Volkshors, weil es bequemer ist, dies ändern zu überlassen. Noch einmal so stark müßte die Zahl der aktiven Sängerinnen und Sänger in einer Arbeiterstadt wie Burg sein! Nicht jeder ist in der Lage zu singen, aber jeder kann durch seinen Beitrag zum Verein und durch Zahlung des Beitrags die Ziele des Volkshors unterstützen. Wer aber weder das eine noch das andere tun will, der sollte wenigstens die Konzerte des Volkshors besuchen. Als Auftakt für die kommenden Wahlen veranstaltet der Volkshor am Donnerstag den 24. November im „Konzertsaal“ einen Kampfliederabend. Das Tendenzlied soll an diesem Abend zur Geltung kommen. Es wird mit dem Besuch der Klassenbewußten Arbeiterschaft gerechnet.

Kreis Wolmirstedt

Irzleben

Volksversammlung. Die Werbewoche der Partei wurde am Sonnabend durch eine Volksversammlung eingeleitet, in der Genosse Schumacher (Magdeburg) einen großartigen Vortrag

über „Die Sozialdemokratie im Kampf gegen den Bürgerblut“ hielt. Es wäre nützlich gewesen, wenn sich die zu Herzen gebenden Worte mehr mit angehört hätten. Leider aber haben es auch Mitglieder der Partei nicht der Mühe für wert gehalten, zu erscheinen. Es ist dringend notwendig, daß die Genossinnen und Genossen lebhafteres Interesse zeigen. Es haben sich jetzt mehr Genossinnen und Genossen zur Hausgastation gemeldet. Hoffentlich haben alle einen guten Erfolg, denn unbedingt müssen wir auch in unserm Orte noch Leser der „Volksstimme“ und Mitglieder der Partei gewinnen.

Die Revolutionsfeier findet am Sonnabend den 12. November statt. Alle Republikaner sind eingeladen.

Mogätz

Werbeversammlung. In einer großen Werbeversammlung der Sozialdemokratischen Partei am Donnerstag 20 Uhr im Lokal von Marx spricht Landtagsabgeordneter Genosse Brandenburg. Die Landarbeiter sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen.

Wolmirstedt

Gewerkschaftskartell. Am Sonntag fand ein Kartellstimmung in „Stadt Prag“ statt. Es wurde Stellung zu den Klassenwahlen genommen. Für die Wahlen zu den Körperschaften der Allgemeinen Ortskrankenkasse soll eine gemeinschaftliche Liste für alle Orte aufgestellt werden. Weiter wurde über die Auswirkung des neuen Gesetzes über die Erwerbslosenversicherung und über die Neuerteilung der Arbeitsämter gesprochen.

Versammlung der Maschinisten und Heizer. Am Dienstag fand in „Stadt Prag“ eine Versammlung des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer statt. Kollege Brand (Magdeburg) sprach über die Lohnbewegung und den Braunschweiger Schiedsspruch. Die Versammlung lehnte den Schiedsspruch ab. Es wurde dann noch über Organisationsfragen gesprochen.

Ueberfahren. Dem Sohne des Genossen Gebert, der, wie wir gestern berichteten, von einem Auto überfahren wurde, geht es den Umständen nach gut.

Kreis Neuhalbensleben

Erzleben

Filmvorführung. Am Sonntag den 13. November, 20 Uhr, werden im Lokal von Gienich von der Partei zwei Filme vorgeführt: „Die Schmiede“ und „Die rote Woche“. In dieser Veranstaltung sind die Genossen, Kollegen und Kameraden, auch aus den umliegenden Ortschaften freundlichst eingeladen. Erscheint in Massen!

Einwohnerzahl. Bei der im Oktober stattgefundenen Volkszählung wurden 1214 Einwohner festgestellt. Seit der vorigen Zählung hat die Einwohnerzahl etwas zugenommen.

Sturz mit dem Rade. Durch das regnerische Wetter sind die Straßen schlammig und schmierig geworden. Da heißt es, doppelt vorsichtig zu fahren. Die im Kobalitzhaus stationierte Schweißer E. fuhr mit ihrem Rade bei der Apotheke um die Wiegung. Mitleidlich rutschte es aus, sie slog auf Straßenpflaster und verletzte sich am Kopfe. In der Apotheke wurde ihr der erste Verband angelegt.

Hötensleben

Revolutionsfeier am Sonntag den 13. November, 19 1/2 Uhr, im „Vergkrug“. Redigitor Franz Mandel und Schauspielerin Gisela Held vom Braunschweiger Landestheater wirken mit. Auch der Arbeiter-Gesangverein Einigkeit hat seine Mitwirkung zugesagt. Die Festrede hält Parteisekretär Genosse Bernick (Magdeburg).

Kreis Calbe

Calbe

Revolutionsfeier heute Mittwoch, 9. November, 20 Uhr, im Lokal „Deutscher Kaiser“ (noch immer!) unter Mitwirkung des Arbeitergesangvereins Eintracht und des Frauenchors. Außerdem Filmvorführung „Die Schmiede“.

Alten

Lokaltermin. In der Unfallsache des Kinobesitzers Krüter gegen den Schlossermeister Müller fand gestern ein Lokaltermin statt. Gegen 1/2 9 Uhr begab sich Amtsrichter Gertson mit den beiden Anwälten zur Unfallsstelle, wo sich auch die Zeugen beider Parteien eingefunden hatten. Am Nachmittag wurden die Vernehmungen auf dem Amtsgericht fortgesetzt. Vielleicht kommt es zu einem Vergleich.

Versammlung der Arbeitsinvaliden. Nach Verlesung des Protokolls gab der Vorsitzende, Genosse Wegmann, den Geschäftsbericht. Neuaufgenommen wurden acht Genossen. Es wird möglich sein, bei der nächsten Versammlung am 4. Dezember abermals neue Beitritte zu buchen, ist doch durch die Arbeit des Bundes vieles gefördert worden. Die Winterbeihilfen an die Bedürftigsten werden diesmal in Geld und nicht in Naturalien erfolgen. Ferner berichtete der Vorsitzende von der Reichskonferenz der Knappschaffenspenionäre in Magdeburg. Zum Schluß wurde bekanntgegeben, daß der nächste Gauitag nicht in Stendal, sondern in Magdeburg abgehalten wird. Die Versammlung war gut besucht.

Barbn

Die Kanalisationsarbeiten in der Bahnhofstraße sind beendet. Sie bilden den Anfang, da zuerst der hintere und auch gefährliche Graben nur an seiner schlimmsten Stelle zugeschüttet wurde. Das Straßenbild hat aber schon jetzt gewonnen.

Unfallfall. Der Lehrling des Schlächtermeisters H. hantierte auf dem Hofe. Der Pumpenschwengel schlug ihm so heftig auf Augen und Nasenbein, daß er sofort die Hilfe des Arztes in Anspruch nehmen mußte.

Die Bildungsarbeit der Partei soll im kommenden Winter gesteigert werden. Der Geschäftsführer des Arbeitsamts, Genosse Brüll, wird über die Arbeitslosenfrage und Verwandtes sprechen. Genossen, beteiligt euch an dem Kursus!

Der Schuß auf das Schulhaus ist ermittelt worden. Es ist der junge W., der sich der Reichweite seines Leschings nicht bewußt war. Die Waffe wurde eingezogen.

Unsre Polizei hat wieder ihre normale Stärke. Drei Polizeiaffizienten und Polizeibetriebsaffizienten teilen sich in den Dienst. Der Beamte, der im Sommer den Feldschutz verließ, macht wieder Nachdienst.

Die Arbeiterwohlfahrt hat ihr besonderes Augenmerk auf die Versorgung der Schulfinder mit einem warmen Frühstück gerichtet. Sie hatte bisher recht guten Erfolg damit und möchte auch jetzt wieder mit ihrer gegenwärtigen Arbeit beginnen. Die Schule hat den Eifer und die Liebe der Arbeiterfrauen stets warm begrüßt, da zahlreiche Kinder den Tag über daheim nicht immer eine warme Mahlzeit erhalten. Obwohl die nötigen Mittel bereitstellen, muß das gute Werk in den Dezember verschoben werden, da kein Raum zur Ausgabe des Frühstücks zur Verfügung steht und die Kinder wegen des verkürzten Unterrichts nicht geschlossen zu erreichen sind.

Bevölkerungsbewegung. Der Monat Oktober brachte 70 Zugzüge und 68 Wegzüge. Das Standesamt verzeichnete 9 Geburten, 9 Sterbefälle und 4 Eheschließungen.

Sergelung von Eichenland. Zur Urbarmachung soll weiteres Land in den Eichen gegen 4jährige unentgeltliche Nutzung vergeben werden. Interessenten wollen sich auf dem Rathaus melden.

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Rheumatischer loben die gute Wirkung des Repliger Tees. 255 Hof-Apothek, Magdeburg, Breiter Weg Nr. 158.

Aus der Altmark

Starkes Anschwellen der Erwerbslosigkeit. Die Lage des Arbeitsmarktes in der Stadt Gardelegen hat sich im Monat Oktober infolge der fortgeschrittenen Jahreszeit und der damit verbundenen Beendigung der Saisonarbeiten bedeutend verschlechtert. Infolge der Beendigung der Kartoffel- und Zuckerrübenarbeit nahm die Randwirtschaft die Entlassung der besonders dazu eingestellten Arbeitskräfte vor, während weiter Bedarf an Anechtern und Mägden besteht. Die Knopfindustrie ist nicht voll beschäftigt und hat ebenfalls Entlassungen vorgenommen. Die Ziegeleien haben ihren Betrieb eingestellt, während das Baugewerbe weiter gut beschäftigt ist, ebenso die Maschinenindustrie und das Bekleidungs-gewerbe. Die Konserverfabriken haben ihren Betrieb wieder auf ihren Winterbestand verkleinert. Für ungelernete Arbeiter war die Vermittlungstätigkeit gut. Die Arbeitsmarktlage im Kreise Gardelegen ist unverändert, jedoch stehen größere Entlassungen durch die Asbestfabrik Miesse (40 Mann) bevor. Von den Koststandsarbeiten wurden im Berichtsmontat beendigt: Die Pflasterung der Bahnhof- und Magdeburger Straße in Gardelegen, der Ausbau der Straße Ferschel-Bohne. Weiter gefördert wurde die Regulierung der Wasserläufe dritter und vierter Ordnung in der Gemarkung Weddenborf, der Chauffeebau Klöße-Jemmeritz-Katerbeck, der Bau einer Wasserleitung in Weferlingen. Beschäftigt werden dabei zirka 130 Leute. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Kreise betrug am 1. November 167 (50 im Vormonat). Davon waren 134 (43) Männer und 33 (7) Frauen. Hierzu kommen 258 (82) Zuschlagsempfänger. Aus der Erwerbslosenfürsorge wurden 130 Hauptunterstützungsempfänger mit 201 Zuschlagsempfängern unterstützt; aus der Krisenfürsorge erhielten 37 resp. 57 Arbeitslose Zahlungen. In Gardelegen waren 150 Erwerbslose vorhanden, während die restlichen 17 sich auf 9 Orte verteilen. Hauptächlich vertreten waren: Ungelernte Arbeiter 62 (22), Knopfarbeiter 35 (14), Ziegeleiarbeiter 12 (0), kaufmännische und Bureauangestellte 6 (4).

Fahrraddiebstahl. Dem Landwirt Hermann Krebs aus Jeggau ist am ersten Martinimarkttag vom Hofe der Firma Friedrich Schmidt, Sandstraße, ein Fahrrad abhandlungsgewonnen: Marke „Gepf“, Nr. 4, schwarzer Rahmen und ebensolche Felgen, neue Reifen, nach oben gebogene Lenkstange, keine Sattelkassette. Das Rad wird vertauscht worden sein, da ein andres, älteres am Platze stand.

Umgefahren wurde am Dienstag vormittag in der Nikolaisstraße eine Marktfubde von einem Geispan eines Landwirts aus Gstedt. Dabei wurde ein Teil der Ware auf die Straße geworfen.

Vom Pferde geschlagen wurde während des geistigen Marktes in der Poststraße der Händler Spahmann aus Gstedt, so daß er zur Erde fiel. Er konnte sich aber bald wieder erheben und hatte anscheinend dauernden Schaden nicht erlitten.

Festgenommen wurde der Bergmann Schlieffe aus Dorf-mund. Er war ohne Fahrkarte von Dorfmund aus mit der Bahn gefahren und wurde in Rößspringe im Abort gestellt. Er will eine Fahrkarte besitzen, aber verloren haben. Die Gardelegener Polizei führte ihn dem Gerichtsgängnis zu.

Verlorengelangen ist am ersten Markttag einer Frau ein Portemonnaie mit vier Zehnmarskcheinen und einer alten Silbermark. Die Verliererin gehört zu den Nichtbemittelten. Der Finder wird um Abgabe auf der Polizeiwache gebeten.

Eine polizeiliche Streife fand vor einigen Tagen in der Arbeiterkajene auf Dominium Jenzschütze statt. Wiederholt war beobachtet worden, daß die Kajene, die ohne Erlaubnis der Gutsverwaltung nicht betreten werden darf, von Fremden aufgesucht wurde. Bei der Streife wurden zwei Fremde angetroffen und entfernt.

Gardelegen

Rübe durch herausfallende Stüt. Es ergliff im Hochziehen den Dachstuhl, der völlig vernichtet ist.

Solzhausen

Mehrere Einbrüche in einer Nacht. In der Nacht zum Sonntag drangen Diebe in die Lehrerwohnung ein. Sie überstiegen die Einfriedigung des Schulgehöfts, überliefen den Vorgarten mit seinen Neupflanzungen und waren im Begriff, in den Keller einzudringen, als sie vom Lehrer bemerkt und ver-scheucht wurden. Nun drangen sie beim Landwirt Richard Al-trock vergitterter Fenster in die Kellerräume ein und entwendeten drei Landvögel. Beim Grundhüter Helme drückten die Diebe ein Gaze-fenster ein und stiegen in den Vorratsraum. Hier entwendeten sie Fleisch vom Frischgeschlachtetem. Ein weiterer Einbruch wurde beim Landwirt B. verübt. Hier stiegen die Diebe in die Veranda, gelangten von einem dahorstehenden Bindensbaum aus auf das Verandadach und in das erste Stockwerk. Aus der Räucherlampe hielten sie sechs Schladmütze und ein Stück Speck mitgehen. Die Gendarmerie ist bemüht, die Täter zu stellen.

Osterburg

Die Zahl der Erwerbslosen betrug in der vergangenen Woche 88. Es handelt sich um weibliche Personen. Vier davon erhalten Krisenunterstützung.

Stadtkreis Stendal

Aus dem Stadtparlament. Die Sitzung leitete Vorsteher-Stellvertreter Genosse Müller. Mehrere Rechnungen aus den Jahren 1924, 1925 und 1926 wurden genehmigt. Es wurde gewünscht, die Rechnung früher vorzulegen. Von einer außerordentlichen und ordentlichen Prüfung der städtischen Kassen im Oktober nimmt die Versammlung Kenntnis. Beanstandungen haben sich nicht ergeben. Den außerordentlichen Geldbewilligungen im 2. Vierteljahr stimmt die Versammlung zu. Durch Beteiligung an der Kommunal-Sammelablosungsanleihe ist die Stadt gezwungen ein weiteres Darlehen in Höhe von 675 Mark aufzunehmen; dem wird zugestimmt.

Im Verordnungsbeim machte sich eine Reparatur des Dampf-tessels notwendig. 403,75 Mark sollten dafür bewilligt werden. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß es dringend notwendig ist, einen neuen Kessel anzufertigen. Der Magistrat bringt zu der Vorlage einen Dringlichkeitsantrag ein, der für Neubeschaffung 1284,75 Mark verlangt. Der Dringlichkeitsantrag und die Vor-lage werden angenommen.

Der Kinderhort am Dom soll im Winter weitergeführt werden. In der letzten Sitzung wurde die Wahl von Mitgliedern zum Miet-einigungsamt hinausgeschoben, da noch zwei Fragen geklärt werden sollten. Der Magistrat hat darauf folgende Antwort erteilt: Eine Vor-schrift, die Mitgliederlisten der Mietervereine einzuordern, besteht nicht. Die Vor-schrift, nach Stärke des Vereins die Vertreter zum Miet-einigungsamt zu be-stellen, besteht ebenfalls nicht. Vom Mieterschutzverein werden als Vertreter die Genossen S a l m a n n und L e h m a n n und D i t t m a n n als Stellvertreter gewählt.

Der Haushaltsplan der Forstverwaltung schließt ab in Einnahme mit 17 500 Mark und in Ausgabe mit 15 000 Mark. Genosse M i q u e verlangt, daß allen Stadtverordneten in Zukunft eine Vorlage zugehen soll. Dem Wunsche soll entsprochen werden. Dieser Haushaltsplan geht vom 1. Oktober bis zum 30. September. Bei der Besprechung kritisierte Genosse Müller die schlechte Beschaffenheit des Hauptzufuhrweges zur Forst. Ausbesserung des Weges ist dringend notwendig. Stadtrat Krüger gibt an, daß kein Geld dazu vorhanden sei. Erst müssen die Wege von der Feldbauverwaltung in Ordnung gebracht sein, dann kommt auch der Zufuhrweg dran. Der Haushaltsplan wird angenommen.

Varaden statt Wohnungen.

Für den Ankauf von Baracken fordert der Magistrat 15 000 Mark, und zwar sollen Mieter darin untergebracht werden, die zur Räumung ihrer Wohnung ohne Ersatzraum verurteilt sind. Der Oberbürgermeister vertritt die Vorlage. Genosse Müller wendet sich dagegen. Die Zahl derjenigen Mieter, die zur Räumung ihrer Wohnung verurteilt und ohne Ersatzraum sind, ist jetzt schon dreimal größer als die Barackenräume. Ein Teil der Räumungsurteile führt sich auf Verleidigungen und Be-lästigungen. Diese Mieter sollen nun bestraft werden durch Wohnen in den Varaden. Bezirksrat Hof 5 sind sieben Mieter zur Räu-mung verurteilt, weil sie keine Miete zahlen, da das Haus bau-fällig ist. Ebenso ist es mit dem Gebäude Ecke Westwall und Mönchstrichhof, der katholischen Kirchengemeinde gehörend. Da hängen 16 Familien in fürchterlichen Verhältnissen. Die Stadt hat die Verpflichtung, allen diesen Bürgern eine menschenwürdige Wohnung zu schaffen, wenigstens dabei behilflich zu sein. Man solle aber nicht Summen für Varaden wegwerfen. Magistrat und bürgerliche Rathausmehrheit zeigten nicht das geringste Ver-ständnis dafür und bewilligten die Mittel für die Varaden.

Bei der Verteilung der Hauszinssteuer haben sich Ungerechtigkeiten herausgestellt. Einstimmig wurde beschlossen, vier Mitglieder der Finanzkommission dem Magistrat beizuordnen, um bei der Verteilung mitzubestimmen.

Für den Wohnungsbau 1928 sind nicht genügend Gelder verfügbar, um nur einigermaßen den gestellten Anträgen zu genügen. Der Magistrat fordert ein Darlehen von 100 000 Mark. Für die sozialdemokratische Fraktion fordert Genosse T r e u m a n n anstatt 100 000 Mark Darlehen und 15 000 Mark für Barackenankauf 250 000 Mark Darlehen aufzunehmen, um die Wohnungsnot zu lindern. Die bürgerliche Mehrheit lehnt den Vorschlag ab und ist für die Magistratsvorlage. Die Arbeiter in schlechten Wohnungen können ja vorkommen. Das interessiert der bürgerlichen Rathausfraktion nicht.

Die Satzungen des Zweckverbandes der Haupt-jarkasse sollen geändert werden. Die Versammlung stimmt unter der Voraussetzung zu, daß der Oberbürgermeister der Stadt Stendal Vorsitzender der Kasse wird. Der eintägige Betrag der

Hauszinssteuer ist um 18 000 Mark überschritten und soll dieser Betrag zum Wohnungsneubau verwendet werden.

Die Einrichtung einer höheren Handels-schule zu Ostern 1928 wird von unserer Fraktion abgelehnt. Genosse W e n d t erklärte, daß die Sozialdemokraten für den Aufstieg be-gabter Schüler seien, hier soll aber wieder eine Ständes- und Ge-lbschule errichtet werden. Mit der bürgerlichen Mehrheit wird die Einrichtung der Handelsschule beschlossen.

Ueber die Entfernung der alten Bäume in der Bahnhof-sstraße entspinnt sich eine längere Debatte. Genosse H e n r i g e s spricht den Wunsch aus, der Magistrat möge mit der Reichsbahn-verwaltung Rücksprache nehmen über Entfernung eines feinen Häuschens (Abort) an der Viehrampe, weil dadurch das Gesamtbild an Schönheit verliert. Im Herbst sollen 52 Bäume ge-pflanzt werden.

Für Sprengen der Straßen werden 700 Mark nachbewilligt. Zur Beschaffung von Warnungstafeln für Kraftfahrzeuge wer-den ebenfalls 700 Mark bewilligt. Der Stellenbesetzungsplan für Bureauangestellte hat schon mehrmals die Stadtväter beschäftigt, er findet auch in der letzten Sitzung keine Erledigung.

Zwei sozialdemokratische Anfragen

1. Ist dem Magistrat bekannt, daß die Fürsorgestelle, Brü-derstraße, den Sozialrentnern die neue Erhöhung der Invaliden-rente (Steigerungssätze) auf die Sozialrente anrechnet, und ist das der Wille des Magistrats? 2. Ist dem Magistrat bekannt, daß besonders in der letzten Zeit sehr viel Ladenlokale ausgebaut werden? Ist der Magistrat in der Lage Auskunft zu geben, ob alle Vermieter oder Inhaber dieser neuen Ladenlokale in dem Maße wo eine Wohnung geopfert ist, neue Wohnungen beschaffen, oder geschieht der Umbau von Wohnungen zu Ladenlokalen auf Kosten der wenig vorhandenen Wohnungen?

Bürgermeister Dr. Bernicke antwortet auf die erste Anfrage, daß eine allgemeine Anrechnung der Steigerungssätze auf die Sozialrente nicht in Frage kommt, sondern daß das nur in einzelnen Fällen geschieht. Die zweite Anfrage beantwortet Ober-bürgermeister Dr. Schüge dahin, daß in der Zeit vom 1. April bis zu Ende September 23 neue Läden entstanden sind. Das ist dem Oberbürgermeister selbst zu viel. Nur in ganz wenigen Fällen sind Wohnungen zu Läden ausgebaut worden. Genosse T r e u m a n n konnte feststellen, daß es vorgekommen ist, daß später Hausbesitzer ihre beengte Wohnung zu klein empfanden und dann Mietern gekündigt haben. Stadtrat Krüger gibt zu, daß solche Fälle vorgekommen sind.

Der öffentlichen Sitzung schloß sich eine geheime Sitzung an.

Arbeiterwohlfahrts-Weihnachtslotterie. Die Lose sind einge-troffen und können Rathenower Straße 27, Zimmer 1, in Empfang genommen werden. Das Los kostet, wie im Vorjahr, 50 Pfennig. Daß diese Lotterie zu reinen Wohlfahrtszwecken durchgeführt wird, sagt schon der Name Arbeiterwohlfahrt. Wir brauchen also auf die Notwendigkeit zur Unterstützung dieser Lotterie durch die Arbeiter nicht besonders hinzuweisen. Außerdem sind die Lose bei den Kassierern der Gewerkschaften erhältlich. Für den Stadtkreis Sten-dal stehen in diesem Jahre nur 500 Lose zur Verfügung. Es ist daher rechtzeitige Beschaffung zu empfehlen. Nachsendungen er-folgen nicht.

Rechtsauskunft. Vom Allgemeinen deutschen Gewerkschafts-bund, Ortsauskunft Stendal, ist für die Mitglieder der freien Ge-werkschaften eine Rechtsauskunftsstelle eingerichtet worden. Aus-kunft wird erteilt in der Zeit von 11 bis 18 und 16 bis 18 Uhr im Gewerkschaftshaus, Rathenower Straße 27, Zimmer 1. Vorzei-gen des Mitgliedsbuchs der Gewerkschaft oder Partei ist erfor-derlich.

Ortsauskunft-Vorhandlung am Donnerstag den 10. No-vember, 19 Uhr, Rathenower Straße 27, Zimmer 1.

Stadtheater. Das Theaterbureau teilt mit, daß infolge mangelhaften Besuchs die Mittwoch-Aufführung, „Die größte Sünde“ von Otto Ernst, ausfällt. Das Theater bleibt an diesem Abend gänzlich geschlossen. Bereits gelöste Karten werden in der Vorverkaufsstelle zurückgenommen oder umgetauscht. — Die näch-sten Aufführungen wären dann Donnerstag, Gruppe A und B, Erstaufführung des Schwanks „Die Hogenbrüder“; Freitag zu Ehren Gerhards Hauptmanns Erstaufführung des Schauspiel „Noje Bernd“. Eintrittskarten sind noch zu haben.

Öffentliche Versammlung am Donnerstag den 10. No-vember, 20 Uhr, im Saale des Gewerkschaftshauses. Redner ist Stadtrat Genosse W i t t m a a d (Magdeburg). Genossen, sorgt für guten Besuch! Es gilt, neue Kämpfer für die Partei und neue Leier für die „V o l k s i s t i m m e“ zu werben.

Wächter, Funktionäre! Das Werbematerial der Partei für die Betriebe muß vom Parteisekretariat abgeholt werden. Laßt kein Material ungenützt liegen!

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Groß-Darleben. Donnerstag den 10. November, 20 Uhr, wichtige Führerversammlung im „Schwan“, Theaterabteilung Versammlung am selben Abend. **Weydorf.** Sonnabend den 12. November, 20 Uhr, wichtige Mitglieder-versammlung beim Kameraden Roder. **Schwaneberg.** Sonntag den 13. November, Republikantischer Abend. Alle Kameraden der Umgegend sind eingeladen. — **Gaße a. d. S.** Antreten heute 19.15 Uhr bei Feinze. — **Bad Salzelmen.** Antreten zum Abmarsch nach Eggersdorf am Sonn-abend den 12. November, 19.30 Uhr, am „Strandhof“. Musik ist zur Stelle.

Briefkasten

Verichterstatter Loburg. Zu die Fortunafragen müssen Sie mit auf die Monatsrechnung setzen. — **Verichterstatter Waldek.** Es kann sich wohl kaum um einen Tritum handeln. Auf eine Veranstaltung am 8. No-vember können wir natürlich heute nicht mehr hinweisen.

Für Spiel und Geselligkeit

drucken wir Festordnungen, Einladungs- und Eintrittskarten, Tanzkarten usw. Buchdruckerei W. Bannisch & Co., Magdeburg.

Nikotinarmer Lindwint
Zigarren zu 15, 20 und 30 Pfg.
Zigarillos zu 6, 8 und 10 Pfg.
Kenner finden keinen Unterschied zwischen diesen nikotinarmeren und nikotinvollhaltigen Zigarren!
Lindau & Winterfeld G.m.b.H.
Zigarrenfabrik Magdeburg
Partatfreie Zusendung innerhalb Deutschlands von 20 RM. an aufwärts. — Postcheckkonto Magdeburg Nr. 1063

OFEN-HERDE
Spiegelbrüde 10. GIESAU Stephansbrüde 2.

Anzüge
Herren-Loden-Gummihelme, Winter-mäntel, Damen-Mäntel, Schirme u. Stiefel
Rücksendung credit angehen. Anzüge 2.00
Hilfsarbeiter F. W. W. mit Preis. G. M. frei
W. H. R. G. G. Berlin S. 42. Postfach 88 B

Deutsche Spiel-Karten
Gute Geldbrachte zum Preise von
1.20 Mark
halten wir ständig am Lager
Buchh. Volksstimme

LÄKEROL
angenehm im Geschmack
beugt Husten, Heiserkeit und Erkältungen vor.
ÜBERALL ERHÄLTlich
BEUTHEN, SCHULTZ & Co.
BERLIN N. 39, PANNSTRASSE 13

Bekanntmachung.
Wir erinnern an die Zahlung der Grundvermögens- und Hauszinssteuern. Für Zahlungen nach dem 15. d. M. sind 10% Verzugszinsen zu erwärthen, außerdem wird ab 20. d. M. Zwangsversteigerung eingeleitet.
Bad Salzelmen, den 7. Februar 1927.
Steuerverwaltung

Bekanntmachung.
Die monatlichen Steuern vom Grundvermögen, Grundbesitz- und Hauszinssteuern für den Monat November d. J. sind wie folgt zu entrichten:
Bezahl I und II
Donnerstag den 10. Novbr. d. J. von 8^h bis 12 und von 15^h bis 17 Uhr
Bezahl III
Freitag den 11. November d. J. von 8^h bis 12 und von 15^h bis 17 Uhr
Bezahl IV
Sonnabend den 12. Novbr. d. J. von 8^h bis 12 Uhr
Bezahl V
Montag den 13. November d. J. von 8^h bis 12 und von 15^h bis 17 Uhr
Bezahl VI bis VIII
Dienstag den 14. Novbr. d. J. von 8^h bis 12 und von 15^h bis 17 Uhr
Zum 17. d. M. an erzieht die Einziehung der Steuern zwangsweise, außerdem werden die gesetzlichen Verzugszinsen erhoben.
Langenmünde, den 5. November 1927.
Der Magistrat.

